# LIBERALE PERSPEKTIVEN

Zeitschrift für Gesellschaft und Moderne





## 1- 2017 INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	03
Leserbrief	15
Impressum	16
Bücherschau	33
Beitrag des LHG	40

#### 04 ZEITGESPRÄCH

## "Deutsche Hochschulen dürfen nicht ins Mittelmaß verfallen"

mit Christian Lindner geführt von Dr. Ralf-Rainer Piesold und Johannes Dallheimer

> 09 ESSAY

## 30 Jahre Hochschulreform: viel erreicht – noch viel zu tun

von Dr. Matthias Büger

#### 18 ZEITGESCHICHTE

## Spurensuche im Nachkriegsdeutschland – Eine Erinnerung an 70 Jahre liberale Studentengruppen

von Sven-Oliver Wol

20 ZEITGESCHICHTE

"Mehr denn je auf eigenen Füßen" – der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (LHG) 2012–2017

von Benedikt Bente

25 ZEITGESCHICHTE

## 10 Jahre "Liberale Studentengruppe des Jahres"

von Sven-Oliver Wol

26 MEINUNG

# Der LHG – ein schwieriges Pflaster für Frauen?

von Kristina Kämpfer

29 LIBERALES DENKEN

## Über die Zukunft der deutschen Hochschulen

von Johannes Dallheimer

31 AUSLOBUNG

## "Hildegard Hamm-Brücher-Preis für herausragende Lehre"

von Christian Krauss

44 NACHRUF

## Gedanken zum Abschied von meiner Mutter Hildegard Hamm-Brücher

von Florian Hamm

# DREISSIG JAHRE LHG

ie erste Ausgabe der Liberalen Perspektiven 2017 ist ganz dem Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen gewidmet. Der LHG begeht dieses Jahr sein 30-jähriges Bestehen. Dazu findet ein Festakt am 24. Juni 2017 in Berlin statt. Da der VSA dieses Jahr auch 30 Jahre alt wird und ebenfalls an dem Wochenende in Berlin tagt, haben sich beide zusammengetan und möchten gemeinsam den Festabend bestreiten.

Die aktuelle Auflage der Liberalen Perspektiven haben wir von 1000 auf 1500 erhöht, damit wir genügend Exemplare für die 60 bundesweit aktiven Hochschulgruppen haben und selbstverständlich auch alle "Ehemaligen" eine Jubiläumsausgabe erhalten können. Bei Interesse können diesbezügliche Exemplare gerne beim VLA oder aber auch beim Bundesverband des LHG bestellt werden.

Inhaltlich dreht sich bei dieser Ausgabe alles um die deutsche Hochschullandschaft. Sowohl was die Geschichte des liberalen Engagements an den Universitäten anbelangt – sie startete nicht erst vor 30 Jahren, als auch was der immerhin schon 62 Jahre alte Seniorenverband für den Nachwuchs geleistet hat bzw. leistet. Wir interviewten Christian Lindner, den Bundesvorsitzenden der FDP, um zu hören, welche Forderungen Liberale zur Verbesserung von Forschung und Lehre

aufstellen. Der Bundesvorsitzende des LHG, Johannes Dallheimer, kommt ebenso zu Wort, wenn es um die Zukunft der Universitäten geht.

Weitere Fragestellungen, denen wir in dieser Ausgabe nachgehen, sind: Welche Erfolge können die Hochschulreformen der vergangenen 30 Jahre für sich verzeichnen und was ist noch zu tun? Welche Erfolge können die Liberalen Hochschulgruppen bei den Parlamentswahlen für Studierende in den vergangenen Jahren aufweisen?

Hildegard Hamm-Brücher, eine bewundernswerte Liberale, großartige Persönlichkeit sowie Vorbild unseres liberalen Nachwuchses wird uns stets in Erinnerung bleiben. Deswegen danken wir ihrem Sohn Florian Hamm, dass er uns sein Manuskript zur Verfügung gestellt hat, wodurch wir eine Seite von ihr kennen lernen, die den meisten bisher verborgen blieb. Der LHG hat vor sieben Jahren eine Kampagne "Freiheit neu denken" gestartet und ein Plakat zu Ehren von Hildegard Hamm-Brücher entworfen. Umso mehr freut es uns zu lesen, dass sie einen ihr gewidmeten Preis gestiftet haben, der in Zukunft an sie erinnern wird.

Zum Schluss bleibt uns nur noch eins, dem LHG zum Jubiläum ganz herzlich zu gratulieren.

V Saipite V Samu Präses des VLA

Ihr



#### ZEITGESPRÄCH

Dr. Ralf-Rainer Piesold und Johannes Dallheimer (Bundesvorsitzender des LHG): Sehr geehrter Herr Lindner, Sie sind Bundesvorsitzender der FDP und auch Spitzenkandidat für die Bundestagswahl. Wir von dem Verband Liberaler Akademiker haben uns zum Ziel gesetzt, Brücken zwischen den Generationen liberaler Akademiker zu bauen. Die Liebe zur akademischen Bildung verbindet uns. Deswegen wollen wir heute auch mit dem Doppelinterview einen Schwerpunkt setzen.

Dr. Ralf-Rainer Piesold: Die FDP hat sich immer für den Bereich Bildung stark gemacht. Wegweisend war vor über 50 Jahren das Buch des großen liberalen Ralf Dahrendorf mit dem Titel "Bildung ist Bürgerrecht". Gilt das heute auch noch für unsere Gesellschaft und die FDP?

Phristian Lindner: Dahrendorfs Visionen usind immer noch aktuell. Bildung soll jeden Menschen dazu befähigen, sein Leben nach seinen Wünschen bestmöglich auszugestalten. Deshalb ist und bleibt Bildung ein Bürgerrecht, ohne den Zugang zu Bildung wird der Bürger seiner Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung beraubt. Wir Freien Demokraten wollen deshalb die beste Bildung. Nur dann ist sichergestellt, dass wirklich ieder seine Talente frei entfalten kann, nur dann haben wir echte Chancengerechtigkeit in Deutschland. Der Weg zur besten Bildung ist auch heute noch ein Mondfahrtprojekt, für das wir alle Kräfte bündeln müssen.

Johannes Dallheimer: Die Liberale Hochschulgruppe verzeichnet einen immer stärkeren Zuspruch. Studentische Gremienarbeit wird aber oftmals nur mit einem Augenzwinkern als Politik bezeichnet. Teilen Sie diese Ansicht?

Christian Lindner: Ich war in den letzten Wochen an vielen Hochschulen und habe mich dort mit hochschulpolitisch Aktiven vor Ort austauschen können. Mein Eindruck ist: Die studentischen Gremien leiden nach wie vor unter dem Aufeinandertreffen der "Vor-Ort-Veränderer" mit den "Weltverän-

derern". Die "Vor-Ort-Veränderer" wollen die Hochschule zu einem besseren Ort machen, durch Modernisierung der Infrastruktur, durch die Digitalisierung der Lehre. Doch diese konstruktiven Vorschläge gehen dann oftmals in Grundsatzdebatten der "Weltveränderer" über ein angeblich ausbeuterisches, kapitalistisches Wirtschaftssystem unter. Hochschulgremien sind der falsche Ort, um über diese Frage abstimmen zu lassen, ob wir für oder gegen den Kapitalismus sind. Hochschulpolitiker sind deshalb keineswegs zu belächeln, da braucht man echt Nerven für, wenn sich StuPa-Sitzungen bis in die frühen Morgenstunden ziehen, um dann endlich eine Resolution für mehr WLAN am Campus verabschieden zu können. Ich bin sehr froh, dass wir mit der LHG an vielen Hochschulen an Zuspruch gewinnen und die liberalen Studenten eine lautstarke Stimme der "Vor-Ort-Veränderer" sind.

Johannes Dallheimer: In den 68ern haben Studierende aktiv die Politik beeinflusst. Wäre das heute noch möglich oder wird es mal wieder Zeit?

Christian Lindner: Es ist immer an der Zeit, dass sich junge Menschen aktiv in die Politik einbringen. Ich halte die heutigen Studierenden aber auch nicht für unpolitisch oder gleichgültig. In der Regel sind das differenzierende, nachdenkliche und verantwortungsvolle junge Menschen. Vielleicht beinah zu verantwortungsvoll – ich wünschte, die Studierenden würden manchmal noch mehr für ihre Interessen eintreten. Der Zustand so mancher Hörsäle grenzt an eine Respektlosigkeit gegenüber der jungen Generation, die das aber leider klaglos hinnimmt.

Dr. Ralf-Rainer Piesold: Die politische Neuorientierung der Gesellschaft entwickelte sich parallel mit einer Neuorientierung an den Hochschulen. Sind Hochschulen auch Orte für politische Innovationen?

Christian Lindner: Hochschulen sind Orte der geistigen Freiheit. Nicht umsonst schützen wir Freiheit und Unabhängigkeit



von Wissenschaft und Forschung in so besonderem Maße. Dort, wo gegen den Strom gedacht wird, wo der Mainstream in Frage gestellt wird, wo das Undenkbare erforscht wird – da entstehen Fortschritt und Innovation. Gesellschaftlicher Wandel lässt sich nicht verordnen, aber Hochschulen sind mit Sicherheit Keimzellen des Wandels. Das macht sie so wertvoll, auch über die konkreten Forschungsergebnisse hinaus.

Dr. Ralf-Rainer Piesold: Viele Spitzenforscher verlassen Deutschland. Wenn ich die Wahl zwischen der Universität Heidelberg und dem MIT in Boston hätte, würde ich wahrscheinlich auch in die USA gehen. Etwas provokativ deswegen: Haben unsere Unis einen "angegrauten" Charakter, der etwas mit Berufsbeamtentum zu tun hat und gibt es wieder den Muff unter den Talaren?

Christian Lindner: Sie würden zum MIT gehen, weil das MIT viel bessere Lehrund Forschungsbedingungen als eine deutsche Hochschule hat. Die Zahl der Studierenden, um die Sie sich kümmern müssen, ist viel niedriger, und in den Büros nebenan forschen die jeweils Besten ihrer Zunft. Die Vorteile einer Lehrstuhlberufung können sich nicht auf einen Titel und eine sichere Altersvorsorge beschränken. Wissenschaftler werden von ihrem Forscherdrang ange-

trieben, wir müssen ihnen also beste Forschungsbedingungen bieten.

Johannes Dallheimer: Herr Lindner, Hand aufs Herz. Sind die deutschen Hochschulen gerüstet für die Zukunft? Wird es sie in dieser Form in 20 Jahren überhaupt noch geben?

Christian Lindner: Hochschulen wird Ces weiterhin geben – aber wir müssen darauf achten, dass unsere Hochschul- und Wissenschaftslandschaft nicht im Mittelmaß im weltweiten Vergleich versinkt. Wir sind aktuell im Rückstand und müssen den Abstand an die weltweite Spitzenforschung wieder verkürzen. Wir brauchen auch vom Bund ein deutlich stärkeres Engagement für Wissenschaft, Forschung und Hochschulen.

Dr. Ralf-Rainer Piesold: Laut einer Umfrage der "Die Zeit" überlegen 81 Prozent der jungen Wissenschaftler, aus der Wissenschaft auszusteigen. Was sagt das über den Zustand des Wissenschaftssystems? Frau Wanka will mit dem Konzept der Tenure Track Professur diesem Trend begegnen. Wäre das auch für uns Liberale der Weg?

Christian Lindner: Würden die 81 Prozent aussteigen wollen, weil sie sich mit einem StartUp aus ihrem Forschungsbereich selbstständig machen wollen, wäre das ja

#### ZEITGESPRÄCH

eine Auszeichnung für unsere Forschung. Aber leider ist dem wohl nicht so. Viele junge Wissenschaftler, vor allem Frauen, verlassen die Wissenschaft nach wie vor, weil die Arbeitsbedingungen alles andere als optimal sind. Die befristete Beschäftigung ist ein Dauerzustand, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schwierig, der Weg zur Professur lang. Tenure Track ist zweifelsohne ein sinnvoller Ansatz, denn er schafft persönliche Planung. Das allein reicht jedoch nicht aus. Es helfen oftmals einfache Dinge, wie eine bessere Versorgung mit Kita-Plätzen, die den Besonderheiten der Hochschule gerecht werden. Und auch

in diesen Bereichen auch das entsprechende Promotionsrecht erhalten können. Ich sehe hier durchaus Chancen, wenn die Qualität gesichert ist. Keinesfalls darf die ohnehin zu beobachtende Inflation der Promotionen weiter und zu Lasten der Qualität zunehmen.

Dr. Ralf-Rainer Piesold: Es gibt immer mehr akademische Berufe, die wenig Zuspruch auf dem Arbeitsmarkt finden. Das Fehlen von Studentinnen und Studenten in den MINT-Fächern und Ingenieurberufen wird hingegen beklagt. Stimmt das Verteilungssystem nicht?

# « Mit bester Bildung wollen wir den schlummernden Mathe-Talenten auch die Chance geben, dass sie ihre Fähigkeit entdecken und entwickeln können. »

hier gilt: Wir brauchen eine bessere Ausfinanzierung der Hochschulen. Entscheidend ist dabei gar nicht die Frage, ob der Bund an der Finanzierung beteiligt wird oder nicht. Doch wenn er sich beteiligt, müssen die Mittel dauerhaft als Grundmittel fließen. Die bisher zur Verfügung gestellten Hochschulpaktmittel sind als Projektmittel geflossen, dauerhafte Stellen konnte damit keine Hochschule schaffen.

Dr. Ralf-Rainer Piesold: Die ehemaligen Fachhochschulen ändern nicht nur ihren Namen häufig in "University of Applied Science", sondern verändern auch ihr Selbstverständnis. Sie möchten das Promotionsrecht und wollen stärker international tätig werden. Belebt dieses Konzept die Hochschullandschaft oder stirbt ein Zweig ab?

Christian Lindner: Wir Freien Demokraten Sind Verfechter der Hochschulautonomie, die Hochschulen sollen sich ja auch ihre eigenen Profile geben. Und wenn ein solches Profil dazu führt, dass es in bestimmten Bereichen eine sehr starke anwendungsorientierte Forschung gibt, sollte die Hochschule

hristian Lindner: Verteilungssystem klingt mir zu sehr nach Planwirtschaft. Die Verteilung der Studienplätze wird ja zum Glück größtenteils nicht durch das Angebot bestimmt, sondern durch die Nachfrage. Wir müssen uns also die Frage stellen: Warum meiden viele junge Menschen die Naturwissenschaften? Weil sie im bisherigen Leben nicht für die Naturwissenschaften begeistert wurden. Hier komme ich zurück zu ihrer Eingangsfrage: Mit bester Bildung wollen wir den schlummernden Mathe-Talenten auch die Chance geben, dass sie ihre Fähigkeit entdecken und entwickeln können. Das beginnt in der Kita und ist während der Schulzeit besonders wichtig. Der Mangel an MINT-Absolventen an den Hochschulen ist kein alleinstehendes Phänomen, sondern Ergebnis der gesamten Bildungskette.

Johannes Dallheimer: 16 Bundesländer und ein Bundesministerium – verderben zu viele Köche den Brei, gerade in der Bildungspolitik?

Christian Lindner: Ja, Bildung ist aus Cunserer Sicht nationale Kernaufgabe. Der Bund sollte künftig stärker als bisher koordinieren und finanziell beisteuern. Statt 16 unterschiedlicher Systeme der Bundes-länder brauchen wir einen Wettbewerb der einzelnen Bildungseinrichtungen um die besten Ideen. Der Bildungsföderalismus in Deutschland ist längst nicht mehr Teil der Lösung, sondern selbst zum Problem geworden.

Dr. Ralf-Rainer Piesold: Jedes Jahr wartet man gespannt auf die Verleihung der Nobelpreise. Selten sind Vertreter deutscher Universitäten dabei. Bekannt ist, dass z.B. auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften Reinhard Selten als einziger Deutscher den Nobelpreis erhielt (1994). Müsste uns das nicht nachdenklich stimmen? Vor hundert Jahren war Deutschland führend in den Fächern Chemie und Physik.

Christian Lindner: Vor 100 Jahren waren die deutschen Hochschulen auch die Top-Adressen der internationalen Wissenschaft, heute befinden diese sich fast ausschließlich im angelsächsischen Raum. Man schaue sich da nur mal die Lebensläufe der deutschen Nobelpreisträger seit 2000 an. Fast alle von ihnen haben einen starken Bezug zu den amerikanischen Spitzenunis, einige haben dort gar ihren Lehrstuhl inne. Da wird auch eine Schwäche des deutschen Hochschulsystems sichtbar: Vergleichsweise wenig ausländische Professoren. Unsere Hochschulen haben noch nicht die notwendige internationale Strahlkraft.

Johannes Dallheimer: Unsere Hochschulen sind allesamt chronisch unterfinanziert. Wieso wird gerade hier gespart und braucht es neue Finanzierungsmöglichkeiten, zum Beispiel Studiengebühren?

Christian Lindner: Die Hochschulfinanzierung variiert von Bundesland zu Bundesland enorm. Wir müssten als Gesamtgesellschaft festlegen, was uns ein Studierender mindestens wert ist. Die Länder müssen auf die Finanzierung guter Lehrbedingungen verpflichtet werden. Und ja, wir brauchen auch zumindest die Möglichkeit für Hochschulen, dass sie Studienbeiträge erheben. Sie selbst sollen darüber entscheiden. Das darf aber eben nicht die Finanzierung durch den Staat ersetzen, sondern muss konkret in der Verbesserung der Ausstattung, der Qualität und des Lehrumfangs spürbar sein.

Dr. Ralf-Rainer Piesold: Wären mehr private Universitäten eine Bereicherung?

Christian Lindner: Seit der Abschaffung der Studienbeiträge erleben wir eine Abstimmung mit den Füßen: Junge Menschen entscheiden sich vermehrt für ein Studium an einer privaten Hochschule, sie zahlen freiwillig für bessere Studienbedingungen. Sie bereichern unser Hochschulsystem also schon jetzt ungemein.

Dr. Ralf-Rainer Piesold und Johannes Dallheimer: Wenn Sie einen Tweet mit 30 Zeichen über die deutschen Hochschulen schreiben müssten, was würden Sie twittern?

Christian Lindner: Weniger Behörde, mehr StartUp!

Dr. Ralf-Rainer Piesold: Vielen Dank Herr Lindner für Ihr Interview, wir hoffen sehr, dass Sie ab Herbst Ihre hochschulpolitischen Überlegungen im Bundestag umsetzen können.

Dr. Ralf-Rainer Piesold war Wirtschaftsund Umweltdezernent der Stadt Hanau. Er ist Fellow der University of Applied Sciences Frankfurt und lehrt in den Studiengängen Public Management und Public Administration

Johannes Dallheimer, am 09. April 1994 in Veracruz/Mexiko geboren, ist derzeit Student der Wirtschaftswissenschaften an der Friedrich-Alexander Universität in Nürnberg. Seit 2016 ist er außerdem Bundesvorsitzender der Liberalen Hochschulgruppen und damit Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Liberalen und der Freien Demokraten.

# 30 Jahre Hochschulreform: viel erreicht – noch viel zu tun von Dr. Matthias Büger

m Rückblick betrachtet sind die 1980er Jahre politisch eine ruhige Zeit – dies gilt auch für die deutschen Hochschulen. Die großen Reformbewegungen der 1970er, die von der 68er-Bewegung ausgelöst wurden, sind weitgehend verarbeitet. Unterschiede gibt es im Grad der Umsetzung je nach politischer Ausrichtung des Landes. Hessen, das aufgrund der persönlichen Erfahrungen des Autors im Fokus der Betrachtung steht, gilt als besonders reformfreudig: Es verfügt als eines der ersten Länder über eine verfasste Studierendenschaft.

Die Entscheidungskompetenz der Hochschule der 1980er Jahre liegt bei zwei Zentren: Dem Ministerium auf der einen und den inneruniversitären Gremien auf der anderen Seite. Beides ist Resultat und Endpunkt einer Entwicklung, die mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs beginnt. Die Universitäten der Weimarer Zeit besaßen eine vergleichsweise große Autonomie, die dazu führte, dass sie zu einer Keimzelle des aufkommenden NS-Staates mutierten.

In den 1950er Jahren war die Aufarbeitung der NS-Zeit von großen Teilen der (alten) Professorenschaft nicht wirklich gewünscht – ein Zustand, der in den Studentenprotesten von 1968 deutlich thematisiert wurde. Die Politik der sich ab 1946 neu gegrün-



deten Länder musste mit diesem Umstand umgehen. In Hessen führte sie dazu, dass der Kultusminister Erwin Stein (CDU) aus der Befürchtung heraus, die Hochschulen bedürften der demokratischen Kontrolle, die Autonomie deutlich einschränkte.

"Der Minister müsste auch das Recht haben, nach Bedarf an Senats- und Fakultätssitzungen teilzunehmen. Denn das Hochschulproblem liegt weniger in der Studentenschaft als in dem Lehrkörper. Tritt somit eine stärkere Beteiligung des Staates an den Hochschulangelegenheiten in den Bereich des Möglichen, so werde ich doch unter allen Umständen danach trachten, die

Selbstverwaltung sofort nach Vollendung des notwendigen Umbaus wieder herzustellen." (Rede vor dem Hessischen Landtag, 19.03.1947)

Bei jeder Berufung behielt sich fortan das Ministerium das Letztentscheidungsrecht vor und tat auch sonst alles, um die zuvor unabhängigen und selbständigen Universitäten in eine Verwaltungsstruktur einzufügen. Auch die genaue Zuordnung der Finanzmittel regelte das Land bis hinunter auf Fachbereichsebene.

Die zweite Entwicklung, die erwähnt werden muss, betrifft die innere Verfasstheit der Hochschulen. Der (berechtigte) Ruf der seit den 60er Jahren politisch links geprägten Studentenschaft ging in Richtung Mitbestimmung. Die Politik, die (von Land zu Land unterschiedlich stark, in Hessen besonders) mit den Zielen der Studentenbewegung sympathisierte, gab den Forderungen nach und schaffte die Gremienuniversität, bei der die Macht der einzelnen Leitungsfunktionen bis hinauf zum Präsidenten zugunsten von Gremien zurückgeführt wurden.

In diesen Gremien saßen Vertreter der unterschiedlichen Gruppen zusammen, um Fragen der inneren Organisation zu diskutieren und zu entscheiden. Die Zusammensetzung der Gremien war von Anfang an ein Politikum. Klar war, dass ein gleiches Stimmengewicht aller Universitätsangehörigen nicht funktionieren konnte, da dann strukturell alle Gestaltungsmacht an die Studenten und ihre Vertreter gefallen wäre. So entsanden die einzelnen Gruppenvertreter aus Professoren, Mitarbeitern und Studenten. Das Verhältnis, in dem diese Gruppen in den Gremien vertreten waren, bestimmte deren strukturelle Macht. Politische Bestrebungen, die strukturelle Mehrheit der Professorenschaft zu brechen (in Hessen verwirklicht durch das Universitätsgesetz von 1970), wurden vom Bundesverfassungsgericht in seinem so genannten Mitbestimmungsurteil gestoppt (1973).

dieser Struktur war, dass die Professoren versuchten, sich vorab intern zu einigen, um ihre Positionen durchzusetzen. Dies war aber nur möglich, wenn man innerhalb der Professorenschaft zu einstimmigen Beschlüssen kam. Dies wiederum begünstigte eine Situation, in der man sich gegenseitig nicht kritisierte und Missstände, wie z.B. eine schlechte Leistung in der Lehre, nicht offensiv angesprochen wurde. Das Amt des Dekans wechselte nicht selten jährlich von einem Professor zum nächsten und hatte wenig mit einer Leitungsaufgabe zu tun, sondern war mehr ein administratives Zusatzamt. Auch die Präsidenten dieser Zeit waren eher Verwaltungschefs mit repräsentativen Aufgaben als Gestalter.

In den Gremien fanden nicht selten politische Auseinandersetzungen mit der jeweiligen Landesregierung statt. Ich selbst wurde Anfang der 1990er Jahre in den Konvent der Justus-Liebig-Universität Gießen gewählt und erinnere mich noch gut an die Resolutionen, die der Konvent an die Landesregierung richtete. Dabei waren die Gremien in letzter Konsequenz zahnlose Tiger, wenn es um politische Entscheidungen ging. So erinnere ich mich gut an eine Situation in den 1990ern, in der Rheinland-Pfalz einen Numerus clausus für Jura einführte und sich die Erstsemesterzahlen in Gießen verdoppelten, die zu diesem Zeitpunkt (rot-grüne Landesregierung) aber aus politischen

# «Ohne Zweifel ist jede Ausbildung eines Studenten eine Leistung, die eine Honorierung rechtfertigt.»

In der Folge entwickelte sich in vielen Ländern, so auch in Hessen, eine Gremienstruktur, in der die Professoren knapp die absolute Mehrheit der Gremienvertreter stellten. Im höchsten Parlament der hessischen Universitäten, dem Konvent, verfügten die Professoren über 46 der 90 Mandate, die Studenten über 20; der Rest verteilte sich auf wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter. Eine Konsequenz Gründen einen hessischen NC ablehnte, aber auch nicht mehr Geld zur Verfügung stellte.

Die echte Umkehr setzte in Hessen mit dem Regierungswechsel 1999 ein. Wie kein Wissenschaftsminister vor ihr und bislang keiner nach ihr krempelte Ministerin Ruth Wagner in den Jahren 1999–2003 die hessische Hochschullandschaft um. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass eine in sich erstarrte und immer schwerer von Wiesbaden aus zu lenkende Hochschullandschaft kaum eine Chance haben würde, sich in einem zunehmend globalen Umfeld zu bewähren. Insoweit gibt die Überwindung der deutschen Teilung 1989/90 und die sich in dieser Folge entwickelte Globalisierung zusammen mit dem Aufkommen neuer Medien (insbesondere dem Internet) einen Anstoß für die nun einsetzenden Reformen. Getragen von der Überzeugung, dass sich wissenschaftliche Ideen nur aus freiem Denken entwickeln können und dass freies Denken auch selbst gestaltete Strukturen voraussetzen, begann ein Prozess in Richtung Autonomie, der bis heute für die

bestimmen kann. Dies war ein Bruch mit der Tradition der Zeit bis 1999. Der von Ministerin Wagner ins Leben gerufene Hochschulpakt als Vertrag zwischen dem Land und den Hochschulen war deshalb ein finanzpolitischer Paradigmenwechsel. In einem Vertrag, wie er vom Grundsatz auch zwischen dem Land und einem privaten Dienstleister geschlossen werden könnte, verpflichtet sich das Land zu Zahlungen nach einem bestimmten Schlüssel, während die Hochschulen sich bereit erklären, ein bestimmtes Angebot an Forschung und Lehre zur Verfügung zu stellen. Mit einem solchen Vertrag wurden die Hochschulen zu Leistungserbringern, die einen Rechtsanspruch

# « Um autonome Hochschulen in einen fairen Wettbewerb zu führen, sind die Kriterien der Mittelvergabe wichtiger als die absolute Höhe des Budgets. »

Hochschulpolitik prägend ist. Ein weiterer Eckpfeiler dieses Paradigmenwechsels ist die Erkenntnis, dass Wissenschaft stets auch Wettbewerb bedeutet - sei es um die Meinungsführerschaft in der akademischen Diskussion oder um die Einwerbung von Drittmitteln. Der Ruf nach Autonomie traf in den Hochschulen durchaus auf Zustimmung, hoffte man doch auf weniger Einmischung von Seiten des Ministeriums. Dass Autonomie und damit freies Arbeiten auch zugleich eine viel stärkere Verantwortung für die Ergebnisse des eigenen Handelns mit sich bringen würde, war vielen nicht bewusst und wurde von manchen rundherum abgelehnt. Die Kernfrage war deshalb, wie die zunehmend autonomen Hochschulen finanziert werden und wer in das machtpolitische Vakuum vorstoßen sollte, das der Rückzug der Landespolitik in operativen Fragen hinterließ. Beide Themen sind bis heute aktuell.

Bei den Finanzmitteln war klar, dass eine Hochschule nur dann autonom ist, wenn sie über ihre Finanzen weitgehend selbst auf bestimmte Finanzmittel haben und von Haushaltssperren und anderen direkten Eingriffen der Landespolitik (weitgehend) verschont bleiben - eine Tatsache, die den Hochschulen auch Neid von Seiten anderer Institutionen des Landes eingebracht hat. Eine Schwierigkeit bestand von Anfang an in der Messung der Leistung, die die Hochschulen erbringen. Hier weist bereits der erste hessische Hochschulpakt von 2001 den Weg: Als zentrale Kenngröße wurde die Zahl der Studierenden eingeführt. Ohne Zweifel ist jede Ausbildung eines Studenten eine Leistung, die eine Honorierung rechtfertigt. Da Forschung und Lehre untrennbar zusammenhängen, wurden die Forschungsmittel nach demselben Schlüssel aufgeteilt. Dies bedeutet, dass eine Hochschule, die gute Forschung und Lehre anbietet und deshalb attraktiv für Studenten ist, Mittel gewinnen kann. Die Schwäche des Systems liegt darin, dass eine alleinige Steuerung anhand der Studierendenzahl ohne eine Einbeziehung der Qualität der Ausbildung zu einem inflationären Aufblähen der Hochschulen einlädt – eine Erfahrung, die in den Folgejahren tatsächlich zu beobachten war. Verstärkt wurde dieser negative Effekt durch die (eigentlich systemwidrige, aber vom Finanzminister geforderte) Deckelung des Gesamtbudgets, was zu rückläufigen Zahlungen pro Student und damit einem zunehmend als ruinös empfundenen Wettbewerb um die schiere Masse an Studenten führte. Forschungsstarken Einheiten mit vergleichsweise wenigen Studenten wurden so Finanzmittel entzogen. In den folgenden Hochschulpakten, die jeweils für fünf Jahre abgeschlossen wurden, wurde diesem Effekt

Qualität der Lehre, gemessen an Absolventenquoten oder auch den Berufschancen der Absolventen. In diesem Zusammenhang wird dann auch die Diskussion zu führen sein, ob ein privater Träger, der eine qualitativ hochwertige Ausbildung anbietet, nicht ebenso Anrecht auf eine staatliche (Teil-) Finanzierung hat. Gerade weil dies in Deutschland traditionell nicht oder nur in geringem Umfang der Fall ist, fristen private Hochschulen noch immer ein Schattendasein. Dabei könnten sie die Hochschullandschaft ergänzen und bereichern.

# « An einem grundsätzlichen Mitspracherecht der Geldgeber an der Ausrichtung der Hochschulen scheint mir jedoch kein Weg vorbei zu führen (...). »

in Hessen durch die Einführung eines Zuschlags für Forschungsexzellenz begegnet, dem jedoch stets der Makel anhaftete, in seiner Ausgestaltung willkürlich zu sein. In den Auseinandersetzungen während der Zeit des großen Anstiegs der Studentenzahlen (verschärft durch die Verkürzung der Abiturzeit und die Abschaffung der Wehrpflicht) bei gleichzeitig rückläufigen Steuereinnahmen als Folge der Finanzkrise 2008 konzentrierte sich der Streit auf die Höhe des Gesamtbudgets. Dies ist verständlich, aber kurzsichtig. Um autonome Hochschulen in einen fairen Wettbewerb zu führen, sind die Kriterien der Mittelvergabe wichtiger als die absolute Höhe des Budgets. Hier werden die Reformen der nächsten Jahre ansetzen müssen. Ein Weg könnte sein, den Hochschulpakt in zwei Teile, einen Pakt für Forschung und einen Pakt für Lehre aufzuspalten. In dem Forschungsteil könnten dann wissenschaftliche Ziele wie z.B. die Zahl von Veröffentlichungen oder die Innovationskraft einfließen, in dem Lehrteil neben der Zahl der Studenten auch die

Die zweite Diskussion betrifft die Strukturfragen. Hier geht es darum, wer in einer autonomen Hochschule die operative Führung ausübt und die strategischen Ziele vorgibt. Beides war bis 1999 dem Ministerium vorbehalten. Dass die (in geänderter Form) fortbestehenden Gremien diese Aufgaben an sich ziehen wollen, ist aus ihrer Sicht verständlich, jedoch aus Sicht des Landes nicht sinnvoll. Operative Führung bedeutet Entscheidungen und Verantwortung. Deshalb ist die Exekutive auch in demokratischen Ländern hierarchisch organisiert. Die demokratische Kontrolle findet über die Wahl in und die Rechenschaft gegenüber Gremien statt. Die Stärkung der Rolle des Präsidenten und der Dekane ist daher nur folgerichtig. Das politisch umstrittenste Feld ist die Frage, wie die strategische Steuerung der Hochschule erfolgen soll. Dies bezieht sich auf Fragen, welche Fachbereiche ausgebaut oder geschlossen werden und welche Schwerpunkte die Hochschule ausbilden soll.

Diese Fragen allein den internen Gremien der Hochschule zu überlassen, ergibt wenig Sinn, da die Gesellschaft außerhalb der Hochschule, die die Hochschule trägt und finanziert, verlangen darf, dass die Hochschule die gesellschaftlichen Fragen ihrer Zeit angeht und ihre Ausbildung so ausrichtet, wie es die Gesellschaft benötigt. Wäre dies nicht so, könnte eine Hochschule, in der es bestimmten Fachrichtungen gelungen ist, eine Mehrheit in den Gremien zu erlangen, diese durch die Allokation der Mittel in eben diese Bereiche sukzessive ausbauen und andere Fächer an den Rand drängen. Wenn eine Gesellschaft z.B. MINT-Absolventen benötigt, darf eine von dieser Gesellschaft getragene Hochschule sich diesem Ansinnen nicht grundsätzlich entgegenstellen. Abgebildet wird die Verbindung mit der Gesellschaft im Hochschulrat, der je nach Land unterschiedlich besetzt wird und unterschiedliche Befugnisse hat. Fast überall wird er zur Hälfte aus der Hochschule und von außen (durch das Ministerium) besetzt; ob und welche Entscheidungsbefugnisse er besitzt, ist unterschiedlich. An einem grundsätzlichen Mitspracherecht der Geldgeber an der Ausrichtung der Hochschulen scheint mir jedoch kein Weg vorbei zu führen, wobei die Reformdebatten hier noch anhalten und manche Schritte nach Regierungswechseln in den Ländern zurückgedreht wurden. Gerade links geführte Landesregierungen erweisen sich hier als strukturkonservativ. Wenig hilfreich erscheint jedenfalls der Vorwurf vorwiegend linker Gruppen, Hochschulräte seien undemokratisch, weil sie nicht (komplett) von den Gremien der Hochschule bestimmt seien. Die sie entsendende Landesregierung ist das Ergebnis einer demokratischen Wahl und repräsentiert das gesamte Volk, nicht nur die Angehörigen der jeweiligen Hochschule.

Dies alles zeigt, dass die Hochschulen mitten im Reformprozess stecken. Auch die Autonomie ist noch nicht am Endpunkt angelangt. So wäre die Übertragung der Dienstherreneigenschaft ein logischer nächster Schritt. Mit zunehmender Autonomie müssen aber auch die Steuerungsmechanismen neu definiert werden. Auch die Studierendenschaft wird ihren Platz in dieser neuen Hochschule neu definieren müssen. Ein allgemeinpolitisches Mandat, das die ASten formal nie hatten, ergibt in einer autonomen Hochschule keinerlei Sinn. Die niedrigen Wahlbeteiligungen zu Studierendenvertretungen zeigen auch hier den Reformbedarf.

Insgesamt möchte ich jedoch feststellen, dass die Entwicklung bei allen Rückschlägen und Verzögerungen in die richtige Richtung weist, die es mutig weiter zu gehen gilt.

Dr. Matthias Büger, Mathematiker, promovierte über Iterationstheorie (Funktionentheorie) und habilitierte sich 2005 mit einer Arbeit über Reaktions-Diffusions-Gleichungen. Von 2009 bis 2014 war er Abgeordneter im Hessischen Landtag. Dort war er für seine Fraktion u.a. Sprecher für Hochschule, Forschung und Technologie und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst. Dr. Matthias Büger ist darüber hinaus Beisitzer im Präsidium des VLA.

# Stellungnahme zur Sterbehilfe und zum Gespräch mit Dr. Claudia Menzel

Liberale Perspektiven, II-2016, S. 21-25 von Bernhard Warncke

Der Deutsche Bundestag hat im vergangenen Jahr die Beihilfe zum Suizid zu einer Straftat gemacht. Umfragen zufolge hat man damit gegen den Willen der Volksmehrheit entschieden.

#### Warum?

Befürworter dieser Gesetzesverschärfung haben als Begründung angegeben, dass man die alten Menschen vor einem psychischen Druck zum Selbstmord schützen müsse. Dieses Argument scheint mir nur ein Vorwand zu sein, um nicht das wirkliche Motiv anzugeben, nämlich, dass man dem Menschen das Recht abspricht, selbst über sich zu bestimmen – aufgrund religiöser Überzeugung oder aus christlich-abendländischer Tradition (Busemann).

Das heißt, nach dieser Auffassung hat auch ein todkranker Mensch nicht das Recht, seinem Leiden ein Ende zu setzen, sondern muss warten, bis eine "höhere Macht" seinen Tod herbeiführt. Solange der Betreffende noch den Suizid selbst ausführen kann, kann er dem Gesetzgeber noch ein Schnippchen schlagen, aber wenn nicht, ist er ausgeliefert.

Es ist nicht so, dass Todkranke zum Suizid gedrängt werden, weil sie nicht mehr nützlich sind, sondern viele warten darauf, dass "Freund Hein" sie endlich holt, weil sie sich selbst zur Last fallen, und sie ihre Existenz nur noch als Vegetieren empfinden – trotz bester Pflege.

Warum macht man es Patienten so schwer, sich gegen ungewollte lebensverlängernde Maßnahmen zu wehren? Die Aussage, dass lebensverlängernde Maßnahmen in aussichtsloser Lage zu unterlassen sind, ist sehr wohl konkret und heißt, dass Wiederbelebung und Sondenernährung nicht gewollt werden. Alles andere sind böswillige Interpretationen von Ideologen, die dem Menschen Selbstbestimmung nicht zugestehen. Soll der Patient in seiner Verfügung sämtliche denkbaren Maßnahmen einzeln aufführen - möglichst mit medizinischen Fachbegriffen? Und wenn er irgendeine Maßnahme aus Unkenntnis ausgelassen hat, sind die Behandelnden dann gezwungen, den erkennbaren Willen des Patienten zu umgehen?

Ich hoffe, dass es mir erspart bleibt, aber ich kann mir sehr wohl vorstellen, in die Lage zu kommen, dass ich Beihilfe zum Suizid wünsche, würde diese aber weder einem Angehörigen noch einem behandelnden Arzt zumuten wollen, da es für diese eine starke emotionale Belastung wäre. Da wäre mir ein Sterbehilfe-Verein sehr willkommen.

Jetzt muss man wohl – in bestimmten Fällen – um würdig zu sterben, nach Belgien oder in die Schweiz ziehen. Meines Erachtens verletzt die derzeitige deutsche Gesetzgebung die Menschenwürde, weil sie todkranken Patienten die Selbstbestimmung verweigert.

Bernhard Warncke Mitglied des VLA



# Friedrich Naumann STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT



Wir suchen kreative Forschungsansätze, die Innovationen in Recht, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik thematisieren. Wir fördern Promotionen mit einem klaren Bezug zur Person oder zu dem politischen Lebenswerk des Namensgebers.

Bewerben Sie sich für ein Westerwelle-, Genscher- oder Lambsdorff-Promotionsstipendium:

# Freiheit

## **Bewerbungstermine:**

1. April - 30. Juni und 1. Oktober – 30. November 2017 Es werden bis zu sechs Stipendien pro Verfahren vergeben.

stipendium.freiheit.org

# Spurensuche im Nachkriegsdeutschland

Eine Erinnerung an 70 Jahre liberale Studentengruppen

von Sven-Oliver Wolff



verband, der VLA, aber schon mehr als 60 Jahre zählt. Doch, dass es schon lange bevor sich im Dezember 1987 die aktiven Studenten zum LHG zusammenschlossen, einen Zusammenschluss liberaler Ex-Studenten gab, hat einen einfachen Grund: Der LHG ist nicht der erste liberale Studentenverband, dem der VLA als Seniorenverband dient. Ursprünglich waren es die Ehemaligen des im Oktober 1950 in Bonn gegründeten Liberalen Studentenbundes Deutschlands (LSD), die fünf Jahre nach der Konstituierung dieser ersten bundesweiten liberalen studentischen Organisation den VLA gegründet hatten, der Auffassung, dass die ideelle und politische Verbundenheit aus der Studentenzeit auch im Beruf und darüber hinaus erhalten bleiben sollte.

Der LSD entfaltete in den 50er Jahren große politische Wirkung und verschaffte seinen studentischen Mitgliedern einen heute nur noch schwer vorstellbaren Einfluss auf die politische Landschaft der jungen Bundesrepublik, insbesondere auf die FDP. Doch dieAllerdings war die Gründung des LSD nicht die erste liberale studentische Initiative im Nachkriegsdeutschland. Bereits vom Wintersemester 1945/1946 an gründeten sich an westdeutschen Hochschulen, insbesondere in der britischen Besatzungszone, studentische liberale Gruppen. Diese ersten liberalen Gehversuche nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind nur vergleichsweise spärlich dokumentiert. Einen guten Überblick gibt Friedrich Hennings Übersicht "Vorstufen und Vorläufer des LSD", die sich im Erhard-Josten-Juling-Möhring'schen Buch zur LSD-Geschichte findet. Demnach hatten sich 1947/48 neben jungdemokratischen Arbeitsgemeinschaften an den Universitäten Bonn, Braunschweig, Göttingen, Hamburg, Hannover, Kiel, Köln und Münster bereits sogenannte "Demokratische Hochschulgruppen" gebildet, in denen sich studenti-

#### ZEITGESCHICHTE

sche FDP-Mitglieder oder ihr nahestehende Studenten zusammenfanden. Die Initiative lag dabei zumeist bei den örtlichen Parteiorganisationen der FDP. Doch bestand offenbar auch ein starkes Interesse der Parteivorsitzenden Blücher, Middelhauve und Freiherr von Rechenberg an diesen Gründungen. Stellvertretend kann auf einen Satz aus einem Brief Blüchers an Mende verwiesen werden: "Sie kennen meine grundsätzliche Bereitschaft, Reden vor Studenten jeder anderen Verpflichtung vorzuziehen." Allerdings verweist der Autor auch darauf, dass in der britischen Besatzungszone durchaus rechtliche und tatsächliche Schwierigkeiten bestanden, die für die Gründung dieser demokratischen Hochschulgruppen erschwerend hinzukamen.

Dennoch kam es in den Folgejahren zu zahlreichen Neugründungen liberaler Studenteninitiativen. 1946 hatte Alf-Ingmar Förster eine Liberale Studentengruppe in Hamburg gegründet. Im April 1948 gründete sich eine Liberale Hochschulgruppe an der Universität Köln, die sich zur Aufgabe gesetzt hatte, das liberale und humanitäre Gedankengut zu pflegen. Im Juli 1948 lässt sich die Gründung einer Liberalen Hochschulgruppe in Göttingen nachvollziehen, wobei allerdings offenbleibt, ob es sich dabei um die Umbenennung der schon zuvor gegründeten "Demokratischen Hochschulgruppe" handelte.

Ungleich schwieriger war die Situation indes in der sowjetischen Besatzungszone. Gleichwohl formierten sich bereits kurz nach Kriegsende liberale Studentengruppen unter dem Dach der Liberaldemokratischen Partei (LDP). Bereits im Dezember 1945 gründete sich die LDP-Hochschulgruppe Jena. In den ersten Wochen und Monaten 1946 folgten Gruppen in Rostock, Leipzig, Greifswald, Halle, Dresden und Freiberg. Auch hierzu ist die Quellenlage dürftig. Ein Überblick von Hermann Marx findet sich ebenfalls im schon zitierten Werk zur LSD-Geschichte.

Die Liberalen Hochschulgruppen auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone wurden demzufolge nach dem Statut der "LDP-Betriebsgruppen" gegründet, die zunächst ohne satzungstechnischen Hintergrund ein weitgehendes Eigenleben führten, bevor sie auf dem LDP-Parteitag 1947 formal als Parteiorganisation bestätigt wurden.

Während sich die westdeutschen Hochschulgruppen trotz gewisser Grenzen des Besatzungsrechts in einem zunehmend freiheitlich-demokratischen Grundgefüge sukzessive entfalten konnten, fanden sich ihre ostdeutschen Pendants von Anfang an in schroffer Gegnerschaft zum kommunistischen Machtapparat. Das Schicksal des liberalen Rostocker Studenten Arno Esch ist im VLA hinreichend bekannt und bis heute nicht vergessen. Doch kam es zu zahlreichen weiteren Verhaftungen liberaler Studenten, darunter der gesamten LDP-Studentengruppen in Rostock, Leipzig, Jena, Halle und Dresden. In einer Reihe von Fällen blieb das Schicksal der Verhafteten ungeklärt. Nicht nur liberale Aktivisten, auch die Gruppen selbst gerieten bald ins Visier der sowjetischen Militäradministration.

1947 wurde die Gründung der LDP-Gruppe Leipzig für illegal befunden. Dort, wo noch freie Wahlen zu studentischen Gremien bürgerliche Mehrheiten hervorbrachten, intervenierten die kommunistischen Machthaber, so etwa 1948 in Jena, als SED-Vertreter den bereits gewählten Studentenratsvorsitzenden Bernhard Reichenbach von der LDP absetzten.

Freie Wahlen zu den studentischen Gremien fanden in den Folgejahren nicht mehr statt. Den liberalen Studentengruppen wurde von staatlicher Seite durch drohender Repressionen und Verhaftungen zugesetzt. Manchen ihrer Vertreter gelang die Flucht in den Westen, so Karl Hermann Flach. Andere, wie Hermann Marx, wanderten für Jahre ins Zuchthaus. 1953 wurden die LDP-Hochschulgruppen schließlich von der Parteiführung aufgelöst. Ihre Mitglieder blieben jedoch auch danach der liberalen Überzeugung verbunden, nicht zuletzt als bereichernde Mitglieder im VLA.

Sven-Oliver Wolff Vize-Präses des VLA

# 2012-2017

# "Mehr denn je auf eigenen Füßen"

# Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (LHG)

#### von Benedikt Bente

Als aktive und ehemalige LHGler im Januar 2013 in Bonn zusammenkamen, um das 25-jährige Bestehen des Bundesverbandes feierlich zu begehen, blickte man nach einer wechselhaften und doch stets erfolgreichen Entwicklung voller Zuversicht auf die kommenden Jahre. Heute, fast fünf Jahre später, kann man diese Zuversicht als begründet ansehen. Doch die vergangenen Jahre waren, nicht zuletzt wegen des – tem-

nachdem sie im Jahr zuvor bereits in der Bundesgeschäftsstelle von LHG und VLA tätig gewesen war, auf der Bundesmitgliederversammlung (BMV) in Darmstadt mit einem komplett neuen Team zur Bundesvorsitzenden gewählt. Die Jahre zuvor hatten den Verband inhaltlich und strukturell weiter nach vorne gebracht, und der Vorstand hatte sich einiges vorgenommen. Bereits ein halbes Jahr später wurde auf der 48. BMV



Josephine Dietzsch, BuVo 2012 (1. Amtszeit); Schatzmeister: Michael Ziegler, LHG Darmstadt; Stellv. Vorsitzender (Organisation): Benedikt Bente, LHG Frankfurt a.M.; Stellv. Vorsitzender (Programmatik): Laura Wamprecht, LHG Würzburg; Stellv. Vorsitzender (Presse): Svenja Hahn, LHG Gießen; International Officer: Andreas Goffin, LHG Aachen; Kooptiert (Presse & Organisation): Sebastian Bur, LHG Frankfurt a.M.

porären – Ausscheidens der FDP aus dem Deutschen Bundestag, für den LHG nicht immer harmonisch und einfach. Vieles hat sich seit dem Festakt in Bonn verändert, und wir haben die wichtigsten Meilensteine der vergangenen Jahre gesammelt und die seitdem gewählten Bundesvorsitzenden zu Wort kommen lassen.

#### 2012 und 2013: Großes steht bevor

Unser Rückblick beginnt im Januar 2012. Josephine Dietzsch aus Berlin wurde, in Würzburg das Grundsatzprogramm "In Freiheit studieren" mit großer Mehrheit beschlossen. "Es war uns besonders wichtig, die thematischen Beschlüsse der vergangenen Jahre zusammenzufassen und den LHG inhaltlich auf ein solides Fundament zu stellen", so die damalige Bundesvorsitzende. Zu den Höhepunkten des Amtsjahres gehörten außerdem eine gemeinsame Bologna Konferenz an der Humboldt Universität zu Berlin mit dem RCDS und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), sowie die Wiederaufnahme des Veranstaltungsfor-

#### ZEITGESCHICHTE

mats der "International Academy", die 2012 mit Gästen aus ganz Europa in Hamburg stattfand.

uf der BMV in Bonn wurde Dietzsch Aim Amt bestätigt und der Bundesvorstand ging personell nur leicht verändert in seine zweite Amtszeit. Nach dem Festakt in Bonn, der zusammen mit der FDP Bundestagsfraktion ausgerichtet worden war, galt der Fokus vor allem der Bundespolitik. Auf dem FDP-Bundesparteitag in Nürnberg wurde erstmals die Idee eines elternunabhängigen BAföGs auf Bestreben des LHG in einem Wahlprogramm der FDP implementiert. Den folgenden Bundestagswahlkampf begleitete der LHG mit einer eigenen Kampagne aus Hörsaalveranstaltungen und dem Informationsportal studis-wählen.de. Auf der 50. BMV in Hamburg war mit Philipp Rösler erstmals ein deutscher Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler zu Gast. Das Ausscheiden der FDP aus dem Deutschen Bundestag war auch für den LHG ein Schock, aber man ließ sich von der eigenen

meinsame Kandidatin von LHG und Jungen Liberalen (JuLis) in den Vorstand unseres europäischen Dachverbandes LYMEC entsandt werden.

#### 2014: Ein Jahr der Veränderung

ie 51. BMV an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken förderte nicht nur langwierige Diskussionen über gendergerechte Sprache und eine ausgeprägte Streitkultur innerhalb des Verbandes zu Tage, sondern auch eine neue Bundesvorsitzende: Julia Buschhorn aus Wuppertal, zuvor bereits Bundesschatzmeisterin, hatte sich mit ihrem Team der Neuausrichtung der Außenwirkung des nun mehr denn je unabhängigen Bundesverbandes auf die Fahne geschrieben. Hierzu zählte vor allem eine groß angelegte Presseaktion zum Semesterbeginn, bei der der Verband vor dem Brandenburger Tor in Berlin mit einem überdimensionalen Holztresor für die sofortige Freigabe zusätzlicher BAföG Gelder warb. Zusätzlich wurde der Verband mit



Josephine Dietzsch, BuVo 2013 (2. Amtszeit); Schatzmeister: Julia Buschhorn, LHG Wuppertal; Stellv. Vorsitzender (Organisation): Sebastian Bur, LHG Frankfurt a.M.; Stellv. Vorsitzender (Programmatik): Laura Wamprecht, LHG Würzburg; Stellv. Vorsitzender (Presse): Svenja Hahn, LHG HU Berlin; International Officer: Benedikt Bente, LHG Frankfurt a.M.; Kooptiert (Öffentlichkeitsarbeit/Kampagnen): Maren Wiederrecht, LHG Aachen

Überzeugung um die Wichtigkeit liberaler Hochschulpolitik nicht abbringen, denn "schließlich waren wir plötzlich die einzig bundesweit agierende liberale Organisation mit flächendeckenden Parlamentssitzen und Fraktionen", so Dietzsch. Erfolgreich verlief die Arbeit auf internationaler Ebene: Es konnte nicht nur erneut eine International Academy, diesmal in Dresden, ausgerichtet werden, sondern mit Svenja Hahn eine ge-

einer neuen Homepage und einem neuen Corporate Design nach außen hin neu aufgestellt. Innerverbandlich besann man sich auf die Grundtugenden und gab mit dem Format "How 2 HoPo" den Ortsgruppen nützliches Know-How an die Hand. "Durch strukturelle und inhaltliche Grundlagen wollten wir die Gruppen vor Ort bei ihrer alltäglichen Arbeit unterstützen, denn jede Hochschule ist zwar einzigartig, doch die



Julia Buschhorn, BuVo 2014 (1. Amtszeit); Schatzmeister: Simon Kell, LHG HS Niederrhein; Stellv. Vorsitzender (Organisation): Sascha Lucas, LHG Frankfurt a.M.; Stellv. Vorsitzender (Programmatik): Diana Liebenau, LHG Bayreuth; Stellv. Vorsitzender (Presse): Philipp Braun, LHG Saar; International Officer: Benedikt Bente, LHG Frankfurt a.M.; Kooptiert (Kampagnen und DSW): Sebastian Bur, LHG Frankfurt a.M.

groben Züge der Aufgaben vor Ort – innerhalb der Verfassten Studierendenschaft und in den Gremien – sind vielerorts ähnlich", so Buschhorn. Zuletzt stand für den Verband noch eine weitere Veränderung bevor: Die gemeinsame Geschäftsstelle mit JuLis und VLA in der Berliner Ackerstraße wurde aufgelöst und der Umzug ins Thomas-Dehler-Haus vollzogen – gemeinsam wollten sich die liberalen Kräfte für die schwierigen kommenden Jahre wappnen.

#### 2015: Unruhe im Verband

Tas sich im Jahr zuvor bereits angedeutet hatte und auf der 52. BMV in Frankfurt a.M. immer offensichtlicher wurde, sollte sich nun in Hannover bewahrheiten. Verschiedene Überzeugungen - sowohl inhaltlich als auch strukturell - standen sich im Verband gegenüber, und nach zahlreichen langwierigen Wahlgängen machte sich das Team von Sascha Lucas aus Frankfurt. der bereits dem letzten Bundesvorstand angehörte, daran, die innerverbandliche Einigkeit wiederherzustellen. Von den JUNOS, der liberalen Jugend in Österreich, versuchte man sich erfolgreiche Strategien abzugucken, unterstützte diese bei der Wahl zur landesweiten Studierendenvertretung vor Ort und freute sich gemeinsam über herausragende 12%. In Berlin beging man das 60-jährige Jubiläum des VLA mit einem gemeinsamen Pfingstseminar, und auf dem FDP Parteitag unterstütze man die ehemalige Bundesvorsitzende Julia Buschhorn bei

ihrer Kandidatur für den FDP Bundesvorstand. Neben dem Deutschlandstipendium stand inhaltlich vor allem die Qualitätsoffensive Lehrerbildung des BMBF im Vordergrund. "In Hannover hatte sich der Verband für eine Exzellenzinitiative in der Lehre ausgesprochen. Es war klar, dass wir bei diesem Projekt des BMBF entscheidend mitreden wollten", so der Bundesvorsitzende.

ls sich im Sommer 2015 die Delegierten zur 54. BMV in Düsseldorf einfanden, war es dem Bundesvorstand jedoch leider nicht gelungen, die zuvor aufgebrochenen Gräben zu schließen. Kritik war laut geworden an der Arbeitsweise einzelner Vorstandsmitglieder, und die BMV entschloss sich, mit Alexander Schopf einen erfahrenen Hochschulpolitiker und jahrelangen Vorsitzenden der LHG Baden-Württemberg zum Vorsitzenden zu wählen. Das neu gewählte Team und die erfahrenen Kooptierten machten sich sogleich ans Werk, das Vertrauen in den LHG wiederherzustellen. Es gelang die Finanzen zu konsolidieren und somit den Fortbestand des Verbandes zu sichern. Mit anderen liberalen Vorfeldorganisationen und diversen Hochschulverbänden wurden wieder engere Kontakte geknüpft, die Stelle eines Bundesgeschäftsführers als Anlaufstelle für Ortsgruppen geschaffen und die Leitbilddebatte in Gang gesetzt. Mit der Semesterstartaktion zum Thema studentischer Wohnungsmangel wurde auch öffentlichkeitswirksam wieder ein Ausrufezeichen gesetzt. "Mit beherztem Anpacken, der Professionalisierung von Abläufen auf Bun-

#### ZEITGESCHICHTE



Sascha Lucas, BuVo 2015/1 (1. Amtszeit); Schatzmeister: Gereon Wiese, LHG Münster; Stellv. Vorsitzender (Organisation): Konstantin Werde, LHG Frankfurt a.M.; Stellv. Vorsitzender (Programmatik): Moritz Asbrand, LHG Düsseldorf; Stellv. Vorsitzender (Presse): Julia Gerhardt, LHG Düsseldorf; International Officer: Nathalia Schomerus, LHG Bonn

desebene und einer Forcierung der Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern im Inund Ausland ist es meinem Team gelungen,
den Bundesverband in seiner schwierigsten
Phase wieder auf Kurs zu bringen. So haben
wir innerhalb kurzer Zeit nicht nur sehr
viel kommuniziert und bewegt, sondern
zugleich auch erfolgreich innovative und
nachhaltige Impulse gesetzt", resümierte
Alexander Schopf seine kurze aber intensive
Amtszeit.

#### 2016: Bereit für die Zukunft

Auf der 55. BMV in Mönchengladbach hatte der Verband die Querelen und die sich anschließende Konsolidierung hinter sich gebracht. Die BMV setzte ihr Vertrauen nun in Johannes Dallheimer aus Nürnberg, der mit einer Mischung aus "alten Hasen" und neuen Gesichtern den Verband für die Zukunft fit machen sollte. "Die Herausfor-

derungen, die vor uns lagen, waren enorm, aber nach einer schwierigen Phase war es nun entscheidend, auch im Hinblick auf die anstehenden Ereignisse der kommenden Jahre, den Verband für die Zukunft fit zu machen", erinnert sich der Bundesvorsitzende. Während man sich nun auf die eigenen Wurzeln zurück besann, beispielsweise innerhalb eines Seminars zur Geschichte der deutschen Studierendenverbände, wurde zugleich reichlich umgekrempelt. Der Bundesvorstand setzte alles daran, den Gruppen vor Ort mehr Gehör zu verschaffen, und mit fast allen Gruppen kam ein persönliches Treffen zustande. Mithilfe einer Satzungsänderung bekannte man sich eindeutig zur FDP und würde fortan automatisch als LHG Bundesvorsitzender in den Bundesvorstand der FDP kooptiert sein. Auf der 56. BMV in Bayreuth verabschiedete man nach langen Debatten ein Leitbild und einen Code of Conduct für den Bundesverband, Nicht zu-



Alexander Schopf, BuVo 2015/2 (1. Amtszeit); Schatzmeister: Alexander Bagus, LHG Würzburg; Stellv. Vorsitzender (Organisation): Linus Junginger, LHG Mainz; Stellv. Vorsitzender (Programmatik): Christian Krauss, LHG Gießen; Stellv. Vorsitzender (Presse): Micha Fertig, LHG HS Niederrhein, International Officer: Benjamin Roth, LHG Halle-Wittenberg; Kooptiert (Programmatik): Kai Vollbrecht, LHG Freiburg; Kooptiert (DSW): Mark Dornbach, LHG Stuttgart; Kooptiert (IT): Carsten A. Dahlmann, LHG Wuppertal; Kooptiert (Internationales): Marina Sedlo, LHG Frankfurt a.M.



Johannes Dallheimer, BuVo 2016 (1. Amtszeit); Schatzmeister: Alexander Bagus, LHG Würzburg; Stellv. Vorsitzender (Organisation): Robert von Kalle, LHG München; Stellv. Vorsitzender (Programmatik): Christian Krauss, LHG Gießen; Stellv. Vorsitzender (Presse): Carsten A. Dahlmann, LHG Wuppertal; International Officer: Marina Sedlo, LHG Frankfurt a.M.; Kooptiert (IT): Said Werner, LHG Friedrichshafen; Kooptiert (DSW): Nina Winands, LHG Mainz

letzt beschloss die BMV die Einführung eines neuen Logos – nach vielen Jahren wollte man sich nun von dem altgedienten "Kissen" verabschieden.

In Erfurt kamen die Delegierten zuletzt zur 157. BMV zusammen. Ein neues Logo wurde nun beschlossen, und Johannes Dallheimer wurde – mit einem fast gänzlich neuen Team - im Amt bestätigt. Weitere Veranstaltungen, vor allem im Rahmen der Landtagsund Bundestagswahlkämpfe stehen nun bevor, und nicht zuletzt das 30-jährige Jubiläum des LHG in Berlin. Auch hier gilt, was vor fünf Jahren in Bonn und in all den Jahren zuvor bereits gegolten hat: Der LHG ist und bleibt ein vielseitiger, einzigartiger, kritischer und eigenständiger Teil der liberalen Familie. So schwer manche Risse innerhalb des Verbandes schon seit seiner Gründung immer wieder schmerzten, so konsequent raffte sich der LHG aber stets wieder auf und

erfand sich immer wieder neu, setzte Themen und verschaffte der liberalen Stimme in der deutschen Hochschulpolitik Gehör. Daran wird sich, so lehrt uns die Erfahrung, auch in den kommenden fünf, zehn oder dreißig Jahren nichts ändern.

Benedikt Bente wurde 1988 geboren und wuchs im fränkischen Bamberg auf. Nach seinem Bachelor in Geschichte und Politik-wissenschaft an der Freien Universität Berlin studiert er nun an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und der TU Darmstadt den Master "Politische Theorie", in dessen Rahmen er auch ein Erasmussemester an der Karls-Universität Prag absolvierte. Von 2012 bis 2015 war er im Bundesvorstand der Liberalen Hochschulgruppen (LHG) aktiv, sowohl als stellvertretender Bundesvorsitzender, als auch als International Officer. Seit 2015 ist er Schriftführer im Präsidium des VLA.



Johannes Dallheimer, BuVo 2017, (2. Amtszeit); Schatzmeister: Alexander Henkel, LHG Mainz; Stellv. Vorsitzender (Organisation): Lukas Tiltmann, ULI-LHG Trier; Stellv. Vorsitzender (Programmatik): Christian Krauss, LHG Gießen; Stellv. Vorsitzender (Presse): Paavo Czwickla, LHG Münster; International Officer: Marina Sedlo, LHG Frankfurt a.M.; Kooptiert (DSW): Nina Winands, LHG Mainz Kooptiert (IT): Carsten A. Dahlmann, LHG Wuppertal

# 10 Jahre "Liberale Studentengruppe des Jahres"

von Sven-Oliver Wolff

us Anlass des 20-jährigen Bestehens des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen hat der VLA auf seinem 55. ordentlichen Convent am 18. Mai 2007 den Preis "Liberale Studentengruppe des Jahres" gestiftet. Dotiert ist der Preis mit 250 Euro sowie Gutscheinen für die Teilnahme an Veranstaltungen des VLA und LHG-Bundesverbandes. Mit dieser jährlich zu vergebenden Ehrung soll diejenige liberale Studentengruppe ausgezeichnet werden, die am eindrucksvollsten Studierendeninteressen an ihrer Hochschule und in den liberalen (Studenten)organisationen formuliert und vertritt.

Um den Preis kann sich jede liberale Studentengruppe in Deutschland bewerben. Erwartet wird eine umfassende Vorstellung mit einer Darstellung der Arbeit der liberalen Studentengruppe an ihrer Hochschule, in den Fachbereichen und den Gremien der akademischen und studentischen Selbstverwaltung und ihren Aktivitäten im LHG-Bundes- und Landesverband. Eine siebenköpfige Jury entscheidet über den Preisträger. Ihr gehören unter dem Vorsitz eines vom VLA-Präsidium bestimmten ehemaligen VLA-Präsidiumsmitglieds – seit vielen Jahren ist dies Steffen Glöckler – je drei vom VLA-Convent sowie vom LHG-Bundesvor-

stand bestimmte Mitglieder an. Anfangs von manchen noch kritisch als mögliche Konkurrenz zum langjährig etablierten Arno-Esch-Preis beäugt, hat der Preis längst seinen festen Platz im Verband gefunden. Denn während der Esch-Preis eher nach außen wirkt, indem er unabhängig von einer Mitgliedschaft in einer Liberalen Hochschulgruppe studentische Initiativen ehrt, die sich mit außerordentlichem Engagement der Freiheit verschrieben haben, entfaltet der Preis "Liberale Studentengruppe des Jahres" seine Wirkung nach innen. Er belohnt nicht nur Tatkraft und Kreativität der Mitglieder in den LHG-Ortsgruppen, sondern er schafft auch ein Band zwischen den aktiven Studenten an den Universitäten und den Ehemaligen im Verband.

Insgesamt 10 Mal wurde der Preis bereits durch den Präses des VLA überreicht. Die Preisverleihung findet dabei abwechselnd auf dem Pfingstkonvent des VLA (in den Jahren, in denen der Esch-Preis nicht verliehen wird) oder bei der Sommer-BMV des LHG statt.

Sven-Oliver Wolff Vize-Präses des VLA

#### Die Preisträger waren seit Stiftung des Preises:

2007	Liberaler Campus Frankfurt/Oder
2008	Liberale Hochschulgruppe an der Freien Universität Berlin
2009	Liberale Hochschulgruppe Augsburg
2010	Liberale Hochschulgruppe Heidelberg
2011	Liberale Hochschulgruppe Darmstadt
2012	Liberale Hochschulgruppe Mannheim
2013	Liberale Hochschulgruppe Würzburg
2014	Liberale Hochschulgruppe Mannheim
2015	Liberale Hochschulgruppe Frankfurt am Main
2016	Liberale Hochschulgruppe Niederrhein

# "Der LHG – ein schwieriges Pflaster für Frauen?"

von Kristina Kämpfer



ch erinnere mich noch lebhaft an meine erste FDP-Bundesvorstandssitzung, an der ich als damals Zwanzigjährige teilnahm. Komisch, dachte ich, als ich den großen Sitzungssaal hinten links in der Dorotheenstraße 56 betrat, dass hier so viele alte weiße Männer sitzen. Von meinen eigenen Geschlechtsgenossinnen konnte ich nur wenige erspähen. In Abwesenheit der Vertreterin der Jungen Liberalen war ich sowohl die Jüngste als auch die Einzige unter 30. Dass ich jung und Frau war, und dass diesen beiden Faktoren eine gewisse Bedeutung innewohnte, wurde mir inner-

halb der nächsten 12 Monaten von meinem Parteiumfeld unermüdlich wiedergespiegelt. Diese Erfahrung machte mich nicht nur zur Feministin, sondern stellt rückblickend den Kontrast zwischen den Liberalen Hochschulgruppen und der Freien Demokratischen Partei dar.

Vor sieben Jahren hätte ich widerwillig mit dem Kopf geschüttelt und dankend abgelehnt, wenn mich jemand gebeten hätte zu meiner Rolle als Frau in der (Hochschul-) Politik den vorliegenden Artikel zu schreiben. Heute scheint mir kaum ein Thema

#### **MEINUNG**

wichtiger, denn die Frage nach der Beteiligung und Repräsentanz von Frauen in der Politik ist keinesfalls eine Randerscheinung oder Luxusangelegenheit. Vielmehr rüttelt sie an den normativen Grundfesten unseres Gerechtigkeits- und Freiheitsbegriffes. Ihre – andauernde – Vernachlässigung und die existierende Lücke anstelle einer Antwort sagt mehr über unsere (liberale) Gesellschaft aus, als viele zugeben möchten. Diese Einsicht ist fast ausschließlich meiner Erfahrung als Bundesvorsitzende des LHG geschuldet, und wenngleich es daher naheliegend scheint, dass ich die Titelfrage mit einem Ja beantworte, so muss ich diese

ner Ausnahme ausschließlich männlich besetzt war. Hätte ich mich rückblickend anders verhalten? In jedem Fall. Wusste ich es damals besser? Leider nicht. Als ich Ende 2009 nach Teammitgliedern suchte, gab ich zu schnell auf, als die angefragten weiblichen Verbandsmitglieder eine Kandidatur für den Bundesvorstand ablehnten. Ich möchte nicht in Stereotypen sprechen, doch musste ich feststellen, wie zögerlich meine weiblichen Gegenüber auf meine Anfragen reagierten und schlussendlich ablehnten. Eine weitere politische Tätigkeit auf Bundesebene neben einer Verantwortlichkeit auf Landesebene? Nein, das ist zu viel. Jedes

## « Statt in eine postfeministische Geschlechterblindheit zu verfallen – Leistung ist das einzige was zählt und wer gut genug ist, schafft es – sollten wir individuelle Besonderheiten als solche anerkennen.»

Hoffnung leider enttäuschen. Nicht der LHG, sondern die FDP stellt ein schwieriges Pflaster für Frauen dar. Mit der vorliegenden, persönlichen Antwort vermag ich nicht für andere zu sprechen, sondern vielmehr meine Geschichte zu erzählen, die nicht mehr, aber auch nicht weniger ein Teil des Ganzen ist.

Meine hochschulpolitische Erfahrung bereitet somit den Boden für mein Argument: Die FDP kann hinsichtlich der Antwort auf die Geschlechterfrage in der Politik entscheidend vom LHG lernen, denn für unseren Verband standen Inhalte immer an erster Stelle. Dieser Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit ist urliberal. Der Verband kann es sich leisten, weil wir ein Nischenthema besetzen. Und es ist seine große Stärke, die mir in der liberalen Partei zum Verhängnis wurde.

Ich möchte vorab keinesfalls in Abrede stellen, dass die Dimension der Geschlechterungerechtigkeit nicht von Bedeutung für den Verband ist. Das musste ich in meinem eigenen Vorstand feststellen, der mit meiMitglied meines ausschließlich männlichen Teams war neben dem Bundesvorstandsamt anderweitig politisch eingebunden – ohne Frage, und vor allem ohne jeglichen Zweifel. Viel wichtiger: Es hinderte sie nicht daran, exzellente Arbeit zu leisten und Teil eines Teams zu sein, auf welches ich bis heute mehr als stolz bin.

Auch gebe ich ehrlich zu, dass ich den Umstand, dass auf meine Amtszeit zwei weitere weibliche Bundesvorsitzende folgten, sehr positiv empfand und heute, stärker noch als damals, die Förderung und Vernetzung unter Frauen in der Politik befürworte. Man(n) sucht sich immer Nachfolger(innen) und Verbündete, die einem ähnlich sind. Daran ist nichts Falsches – es dagegen abzustreiten meiner Meinung nach schon. Diese Kritik, oder vielmehr Erweiterung des vorab gepriesenen Leistungsgedankens, wäre eine wichtige (feministische) Weiterentwicklung des Liberalismus. Statt in eine postfeministische Geschlechterblindheit zu verfallen Leistung ist das einzige was zählt und wer gut genug ist, schafft es - sollten wir individuelle Besonderheiten als solche anerkennen. Nur dann können wir ein politisches

Klima schaffen, in welchem Verschiedenheit die Bereicherung und Voraussetzung von Politik darstellt, statt einem Paradigma zu folgen, welches nur auf wenige zutrifft. Und wenn außerdem ausschließlich Menschen, die einen ähnlichen Erfahrungsschatz teilen, miteinander reden, ist das nicht nur lang-weilig, sondern vor allem exklusiv. Doch auf der politischen Bühne ist nur wenig Platz, und diejenigen, welche diesen Raum einnehmen, sind nicht gewillt, ihn zugunsten anderer aufzugeben. Schließlich ist es genau das, was ein(e) gute(n) Politiker(in) ausmacht – der Glaube daran, dass die eigene Meinung richtig und wichtig ist.

Diesen Glauben, vor allem an mich selbst, verlor ich in meinem Jahr als Bundesvorsitzende fast. Der Widerspruch, den es auszuhalten gab, war zu groß und zu lange für mich nicht erklärbar. Ich sah mich vor allem als Repräsentantin und Expertin für liberale Hochschulpolitik, doch die FDP war der Ort, an dem ich massiv auf meine Rolle als junge Frau reduziert wurde. Das war am Anfang sehr verwirrend – ich war doch Bundesvorsitzende, weil ich zu der Zeit die Beste war, die den Verband vertrat und leiten wollte. So wurde ich auch innerhalb des Verbandes, aber eben nicht in der FDP wahrgenommen.

Ironischerweise bin ich für meinen Weg bis heute dankbar: Neben der Frage nach Geschlechter(un)gerechtigkeit und danach, was Politik (nicht) ist, wenn sie in einem kleinen, männlichen Zirkel stattfindet, bleibt die Bildungspolitik mein sicherer Rückzugsort. Es hat sehr lange gedauert, bis ich für mich selbst – von der FDP ganz zu Schweigen – feministische Interessen als legitimes Ziel von Politik sah.

Blicke ich auf meine Amtszeit zurück, erfüllt mich jedes Mal eine wahnsinnig große Dankbarkeit. Nicht nur für die Menschen, die ich dadurch kennenlernen durfte, sondern vor allem auch für die Lernerfahrung, die diese Tätigkeit für mich bedeutet(e) – sie hat mich wachsen lassen, erlaubte mir früh Verantwortung für eine Gemeinschaft zu übernehmen und sozialisierte mich politisch. Und weit über das Politische hinaus

hat sie meine Persönlichkeit und meinen beruflichen Werdegang nachhaltig beeinflusst.

Für den Verband wünsche ich mir, dass er sich bewahrt, was ich an ihm schätze: Inhalte sind so zentral und Personalpolitik nur begrenzt wichtig. Damit kann er eine wichtige Vorbildfunktion für den politischen Betrieb einnehmen und zeigen, dass Politik vor allem im Sprechen und Handeln miteinander über Themen, die eine Gemeinschaft betreffen, besteht.

Kristina Kämpfer studierte politische und feministische Theorie an den Universitäten in Berlin, Frankfurt und Oxford. Sie war Mitglied des Studierendenparlaments der FU Berlin und als Referentin für Hochschulpolitik des AStA der Universität Hamburg tätig. Von 2009 - 2010 leitete sie die LHG an der FU Berlin, wurde 2010 in den Bundesvorstand des LHG als Stellvertreterin für Organisation gewählt und war von 2011 bis 2012 Vorsitzende des Verbandes. Im Anschluss war sie sowohl auf europäischer Ebene im Studierendennetzwerk ELSN (European Liberal Students Association), als auch in der stipendiatischen Selbstverwaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung aktiv und leitete u.a. den Arbeitskreis Bildung. Im Oktober 2017 wird sie ihr Promotionsstudium an der Universität Oxford beginnen, um an ihrer Forschung über Frauen im Finanzsektor weiterzuarbeiten.

# Über die Zukunft der deutschen Hochschulen

von Johannes Dallheimer

eutschland ist ein Exportland. Nicht nur von Gütern und Dienstleistungen in Spitzenqualität, auch von Ideen, die unsere Welt entscheidend zum Besseren verändert haben. Da denke ich zum Beispiel an den Buchdruck, die Glühbirne, den Computer oder auch das Bier. Viele dieser Dinge wurden an unseren Hochschulen erforscht, entwickelt und ausgereift. Und dabei vergessen wir oftmals, das der vielleicht erfolgreichste Export aus Westeuropa die Universität selber ist. Ein Ort der Forschung, der Debatte, der Wissensaufbewahrung. Welche Erfindungen - außer vielleicht dem Bier - wären ohne Universitäten möglich gewesen? Welche Erfindungen, die in diesem Zeitalter der neuesten, großen Industriellen Revolution gerade entwickelt werden, könnten das ohne unsere Universitäten? Rhetorische Frage; es sind wohl die allerwenigsten. Es lohnt sich also ein Blick in die Geschichte der Hochschulen, um eine Prognose für die Zukunft zu wagen, auch wenn das oft peinlich für die vorausblickende Person werden kann, zum Beispiel, wenn der Zeitraum erreicht wurde, aber etwas gänzlich anderes eingetreten ist. So wagte bereits 1899 der Chef des US-Patentamtes, Charles Duell, die Vorhersage, dass bereits alles erfunden wurde, was erfunden werden kann. Glücklicherweise hatte sich Duell knapp verschätzt. Man sieht also, dass eine Vorhersage durchaus des Mutes bedarf, über den Tellerrand zu blicken. Daher werde ich mir den Mut nehmen, es zu versuchen.

Die Universitäten, so beschreibt es Walter Rüegg bereits in seiner "Geschichte der Universität in Europa", ist "die europäische Institution par exellence". Als Ort, an dem Lehrende und Lernende zusammentreffen, diesen selbst verwalten können, indem sie beispielsweise interne Regeln, Lehrpläne und Prüfungen autonom erstellen können,

und denen es gewährt ist, akademische Grade selbst zu verleihen – all das macht den Kern der westeuropäischen Hochschulen aus. Und das bereits seit dem Mittelalter! Seitdem trat dieses Konzept seinen Siegeszug über die Welt an, von Japan über Afrika bis nach Südamerika; es ist kein Gegenkonzept zur Universität im klassischen Sinn zu erkennen. Sicher, duale Hochschulen, Internethochschulen, ein Fernstudium, all das sind neue Möglichkeiten, einen Abschluss zu erlangen, doch orientieren sie sich alle an der DNA des Konzepts aus dem Mittelalter.

Von diesem Konzept hat sich die Universität nun auch nicht so weit entfernt, es bleibt also Raum zur Vermutung, dass sich die Hochschulen auch in der Zukunft nicht zu etwas ganz Anderem entwickeln werden. Trotzdem sind die Veränderungen im letzten Jahrzehnt tiefgreifend. Die Digitalisierung schreitet langsam, an den Hochschulen sogar noch langsamer, aber sicher voran; die Universitäten werden internationaler, Studiengänge immer spezifischer. Wohin führt uns das langfristig?

Sicher zu einem Umdenken. Die Studierenden werden anspruchsvoller, wenn es um ihre Bildung geht. Das merken wir jetzt schon, wenn man ein klein wenig tiefer gräbt. Denn während die prominenten Privathochschulen als "Elite-Bonzen-Kaderschmieden" weitgehend vom sozialdemokratischen Spektrum verschrien sind, strömen immer mehr Studienpioniere als die ersten Studierenden einer Familie an private Hochschulen, die nicht unbedingt im Rampenlicht stehen. Denn genau hier, an den Privaten, für die man Geld zahlen muss, bekommen viele auch das, was man eigentlich erwartet hat: Eine bessere Betreuung, kleinere Studiengänge, eine bessere Ausstattung der Räume - als das ist ihr Geld wert. Studium als Massenveranstaltung wirkt

mehr und mehr abschreckend, so langsam ändert sich das Denken hin zum Studium als Investment für die Zukunft.

Für die Zukunft wird auch die Digitalisierung eine immer stärkere Rolle spielen. Während ältere Generationen noch die Umstellung auf das Internet aktiv mitbekommen haben, strömen nun schon Studierende an die Hochschulen, die wir als Digital Natives bezeichnen, also junge Menschen, die eine Welt ohne Internet gar nicht mehr kennen. Das verändert vor allem vieles im Umgang. Gelernt wird mit Onlineplattformen, über soziale Netzwerke tauscht man sich über die letzte Vorlesung aus, Informationen sind so einfach zu bekommen wie noch nie. Hier preschen die jungen Leute vor, während die Verwaltungen der Hochschulen höchstens hinterherhinken. Doch der Weg führt nur in eine Richtung. Trotzdem - ich wage die Prognose - wird die Präsenzuniversität uns immer erhalten bleiben. Denn schon heute gibt es Studiengänge, in denen man die ersten Semester auch zu Hause im Bett nachverfolgen kann. Aufgenommene Vorlesung, Prüfungsstoff in Internetforen, der nächste Kommilitone nur einen Klick entfernt. Doch trotzdem sehen wir überfüllte Hörsäle und mangelnde Plätze in Tutorien. Denn die Studierenden wählen den Weg zur Universität nicht nur, um am Schluss einen Abschluss abzugreifen. Den meisten geht es auch um die Zeit zusammen, das Studentenleben, den Austausch. die Debatte, das Treffen von Freunden und Partnern. Das kann und wird das Internet so niemals ersetzen können. Und darum glaube ich, dass sich die Hochschule ihrem Motto treu bleibt, nämlich, dass die Uni immer ein realer Ort bleibt, an dem sich Lehrende und Lernende physisch treffen.

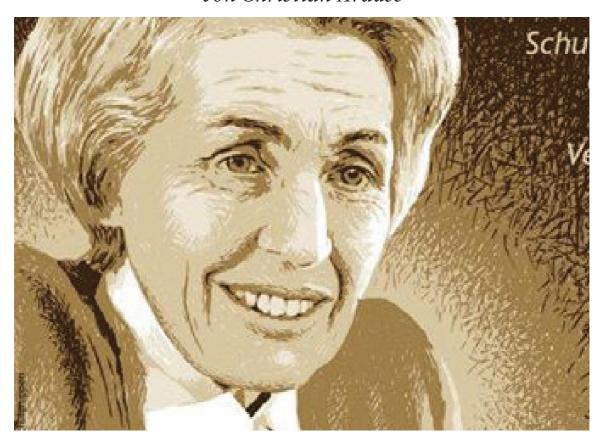
Das gilt erst recht für Internationale, denn die Hochschulen sind jetzt schon ein Ort, der polyglotter ist als der Rest des Landes. Blieb man früher gerne in der Nähe der Eltern oder zumindest im gleichen Bundesland, darf es nun auch ein Studium im Ausland sein. Mit dem ERASMUS-Programm und dem DAAD-Austausch sind die ersten Stützpfeiler gesetzt, damit sich das

auch so schnell nicht mehr ändert. Austausch von Werten, Ideen, Kulturen und Wissen ist angesagt und notwendig, wenn es um das Verständnis von Projekten wie der Europäischen Union geht. Da die Welt immer weiter zusammenwächst, wird auch der Austausch weiter zunehmen. Für viele junge Leute gehört es heutzutage einfach dazu, in ein fremdes Land zu reisen und es ist genauso normal, sich mit Kommilitonen aus den entferntesten Ländern an der Heimatuni zu unterhalten und zusammen zu lernen. Der Weltbürger, den Humboldt schon an den Hochschulen ausbilden wollte, ist hier tatsächlich zur Realität geworden. Eine Entwicklung, die man nur begrüßen und fördern kann.

Schlussendlich muss man wohl sagen, dass die langfristige Prognose einfach ist. Die Hochschulen werden nicht innerhalb von 10 Jahren ihren ganzen Charakter, den sie sich seit 1000 Jahren erhalten haben, über den Haufen werfen. Heilige Säulen wie die Selbstverwaltung, studentische Mitbestimmung, die Bildung zum Weltbürger, der Austausch von Lehrenden und Lernenden. das wird immer die Attraktivität und den Kern der Hochschulen ausmachen. Doch wie dieses Verhältnis am Schluss genau aussieht, wie Studierende in Zukunft lernen, das hat sich, so denke ich, im Ansatz bereits entschieden. Die Digitalisierung wird noch eine viel größere Rolle spielen, neben Lehrenden und Lernenden wird auch das Internet eine dritte, gleichberechtigte Rolle spielen. Dazu müssen aber Lehrpläne angepasst, Dozenten geschult und die Medienkompetenz gestärkt werden. Geld muss für die Finanzierung aufgebracht werden, auch wenn bisher an den Hochschulen oftmals der Sparzwang geherrscht hat. Also viel zu tun, um die Hochschulen zukunftsfit zu machen. Dazu braucht es eine starke Lobby, die sich die Freiheit und den Fortschritt auf die Fahnen geschrieben hat. Nur so können wir Werte bewahren und trotzdem gleichzeitig progressiv für eine Zukunft sorgen, die sich an den Bedürfnissen des modernen Studierenden und Dozenten orientiert. Qui vivra,

# "Hildegard Hamm-Brücher-Preis für herausragende Lehre"

von Christian Krauss



uf der letzten Bundesmitgliederversammlung im Januar 2017 haben sich die Liberalen Hochschulgruppen (LHG) für die Schaffung eines "Hildegard Hamm-Brücher-Preises für herausragende Lehre" ausgesprochen. Mit dem 1000 Euro dotierten Preis wollen sie Nachwuchswissenschaftler würdigen, welche sich durch herausragende Lehre ausgezeichnet haben. Vorschlagsrecht hat jedes Mitglied des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen. Über die Vergabe des Preises wird eine sechsköpfige Jury entscheiden, die sich jeweils aus zwei Vertretern aus Reihen des LHG, des Verbandes Liberaler Akademiker und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zusammensetzt.

Mit der Einführung dieses Preises werden zwei Intentionen verfolgt: Erstens, die Würdigung guter Hochschullehre und zweitens, die Würdigung der Lebensleistung und Wahrung des Andenkens an Hildegard Hamm-Brücher.

Nicht erst seit gestern haben die Studierenden das Gefühl, Lehre sei für Dozenten das "nervige" Anhängsel der Forschung. Die in Deutschland Studierenden haben die weltbeste Bildung verdient. Die Einheit von Forschung und Lehre ist integraler Bestandteil der Hochschulverfassung. In die Lehre sollen dabei stets die aktuellsten Erkenntnisse der Forschung einfließen. Im letzten Jahr hat die Bundesregierung die Fortführung der Exzel-

lenzinitiative für die Forschung beschlossen. "Gut so! Aber wann gehen wir endlich mal einen Schritt weiter und übertragen das Förderprogramm auf die Hochschullehre. Man könnte nicht nur engagierte Nachwuchsdozenten fördern, sondern gleichzeitig die Bedeutung guter Hochschullehre steigern", so Christian Kraus, Bundesvorstandsmitglied des LHG. Der LHG setzt sich seit mehreren Jahren für die Schaffung einer Exzellenzinitiative für die Lehre ein. Trotz vehementen Werbens haben die Reformvorschläge des LHG von der Bundesregierung keine Beachtung erhalten. Es ist daher nur konsequent, dass sie nun selbst einen solchen Lehrpreis einrichten und damit ein kleines bisschen dazu beitragen, den Stellenwert der Hochschullehre anzuheben.

Als Hildegard Hamm-Brücher verstarb, war die Betroffenheit groß. Mit ihr verloren die Liberalen eine großartige Persönlichkeit, die sich für die Gesellschaft und für die Bundesrepublik unbestreitbar verdient gemacht hat. Hildegard Hamm-Brücher hat in ihrem gesamten politischen Leben stets für umfassende Reformen im Bildungswesen gekämpft. Egal, ob als Bildungsstaatssekretärin in Hessen, oder als Staatssekretärin des Bundesbildungsministeriums in Bonn ihre politischen Anstrengungen waren stets davon geprägt, Bildungschancen für jeden zu ermöglichen, ein durchlässiges Bildungssystem zu etablieren und Bildungspolitik als gesamtstaatliche Aufgabe zu verstehen.

Sie hat sich in ihrer gesamten bildungspolitischen Zeit – leider nicht immer mit Erfolg belohnt – dafür eingesetzt, alle Akteure unseres föderalen Bildungssystems an einen Tisch zu holen, um ein gemeinsames Vorgehen zu koordinieren. Ein Problem, welches selbst im Jahr 2017 noch immer ungelöst ist und für gravierende Fehlentwicklungen in der deutschen Bildungslandschaft verantwortlich ist.

"Ihre persönlichen Lebenserfahrungen, ihre Erfolge und Niederlagen sollten uns liberalen Bildungsreformern stets Ansporn sein, weiter zu kämpfen und ihre Lebensleistung insbesondere in der Bildungspolitik zu ehren und zu bewahren", so der Bundesvorsitzende des LHG, Johannes Dallheimer. Deshalb haben sich die Liberalen Hochschulgruppen dazu entschieden, den Lehrpreis nach ihr zu benennen.

Die Einführung des Preises ist zunächst mal eine Papierangelegenheit. Um den Preis physisch geltend zu machen, braucht es einen materiellen Unterbau. Der LHG möchte den Preis mit mindestens 1000 Euro dotieren. Dazu braucht der LHG Unterstützung durch Sponsoren!

"Wir sind auf Ihre Unterstützung angewiesen!", so LHG-Schatzmeister Alexander Henkel. "Wenn Sie die Bestrebungen des LHG unterstützen möchten und Sponsor des "Hildegard Hamm-Brücher-Preises für herausragende Lehre" werden wollen, können Sie sich an den LHG-Bundesschatzmeister Alexander Henkel direkt wenden (henkel@bundes-lhg.de). Bei Fragen zur inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung wenden Sie sich bitte an Christian Krauss (krauss@bundes-lhg.de), ebenfalls Mitglied des Bundesvorstands des LHG."

Christian Krauss studiert Zahnmedizin an der Universität Gießen und ist im LHG-Bundesvorstand für Programmatik zuständig. Seit seinem ersten Semester ist er in der Liberalen Hochschulgruppe aktiv. Vor seiner Arbeit im LHG-Bundesvorstand war er zweieinhalb Jahre stellv. Landesvorsitzender der LHG Hessen. Seit der Bundesmitgliederversammlung des LHG in Düsseldorf 2015 ist er Programmatiker des LHG-Bundesverbandes. Er kümmert sich um die inhaltliche und strategische Ausrichtung des Bundesverbandes.

# "Die Freiheit ist ein Kind der Liebe und die Liebe ist ein Kind der Freiheit"

## rezensiert von Prof. Dr. Bernd Markert

leich vorne weg. Ausgezeichnet, höchst interessant und unbedingt lesenswert, was die beiden Autoren, Prof. Dr. med. Gerald Hüther, Neurobiologe und Hirnforscher an der psychiatrischen Klinik der Universität Göttingen und PD Dr. phil. habil. Maik Hosang, seines Zeichen praktischer Philosoph aus Pommritz, Sachsen, geschrieben und damit geleistet haben.

Nicht umsonst befindet sich das 2012 veröffentlichte Buch bereits in der 3. Auflage mit über 10.000 verkauften Einzelexemplaren.

Das Werk ist neben dem genüsslichen Lesens und Lernens seiner selbst ganz unbedingt zumindest auch für die universitäre Lehre ganzheitlich und wärmstens zu empfehlen.

Diese Empfehlung gilt vollkommen uneingeschränkt etwa im Studium Generale oder sich der Thematik Liebe, Freiheit, Gesellschaft und ähnlichen Dingen widmenden Studienfächern, wie Philosophie, Sozialund Religionswissenschaften, Pädagogik und etlichen anderen mehr.

Aber auch im Unterricht an Gymnasien, Fach- und Volkshochschulen und anderen Bildungseinrichtungen ist das Buch grundsätzlich als wertvolles Lehrmaterial einzustufen.

Und dies nicht nur, weil in diesem Buch einem sinnigen Anspruch auf nachhaltigen Umgang mit uns selbst, den Menschen und ihren verschiedensten Gesellschaftsverbänden an sich Vorschub geleistet wird. Nein, sondern auch aus pädagogisch-didaktischer Sicht. Denn die Leserschaft für das Buch ist enorm vielzählig, unterschiedlich in Alter, Herkunft und kulturellem Hintergrund.

Aus diesem Grund ist beiden Autoren eine spezielle Fähigkeit zu konstatieren, nämlich, die an sich höchst komplexe Verbundenheit von Freiheit und Liebe und eine davon abgeleitete Natur- und Lebensphilosophie erfreulich knappe, nicht in sogenannte "Pseudowahrheiten" verfallende, in einer äußerst angenehm lesbaren, wirklich spannenden und gleichzeitig höchst verständlichen Schrift, abzuliefern.

Obige positive Aussage gilt schon deshalb, weil die vorliegende Schrift lehr- und ausbildungsseitig etwaigen und auf den allerersten, ganz, ganz flüchtigen und zudem vollkommen falschen Blick, "pseudomäßig" und zunächst kurzfristig sinnig erscheinenden Lebensphilosophien und -strategien, etwa ausländerfeindlichen, macht- und gewaltverherrlichenden Alternativen gegenüber einen intelligenten Einwand zu leisten und argumentativ und aus historischer Sicht heraus vehement entgegenzutreten vermag.

Und genau das brauchen wir, ganz speziell aus historischer Sicht betrachtet, in unserer heutigen deutschen Gesellschaft Tag für Tag neu "auf's Brot geschmiert", um nicht das, was einmal war und in Teilen noch immer ist, quantitativ durch rechtsextreme Ausbrüche und Etablierungen, wie Pegida und Co, zu vergessen oder gar sich wiederholen

zu lassen. Ich plädiere deshalb auch dafür, eine schnellstmögliche Übersetzung der Hüther/Hosang´schen Schrift zumindest in die englische Sprache entschieden voranzutreiben.

Insbesondere aufgrund dessen, dass einer allerdümmlichsten und anmaßenden, gewaltorientierten, eigentlich demokratiegetriebenen, auf uns mehr und mehr zukommenden Gesellschaftspolitik in den Vereinigten Staaten von Amerika, den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien und vielen weiteren europäischen und weltweit existierenden Nationalstaaten ansonsten schwerlichst eben auch bildungs- und ausbildungseitig, kurz-, mittel- und langfristig entgegen getreten

werden kann.

Für unsere derzeit gesellschaftlich in vielerlei Bereichen lebensphilosophisch und sinnstiftend scheinbar mehr und mehr ins Wanken kommenden Generationen stellen Hosang und Hüther mental und praktisch reichlich "stuff for all" vor.

Von (Enkel- oder gar Ur-Enkel-) Kindern bis hin zu den (Ur-, Ur-) Großeltern, für jeden Geschmack ist zur Ableitung der phänomenalen

Begrifflichkeiten und Inhalte von Verbundenheit der Liebe und/in Freiheit im vorliegenden Buch etwas Lesenswertes dabei.

Freiheit in Verantwortung und die unterschiedlichsten Formen der Liebe an sich und untereinander sind unabänderlich als die grundlegenden und unmittelbar zusammen gehörenden Triebkräfte unseres Seins zu betrachten und auf's engste miteinander verbunden. Sie dürften – zumindest in aufgeklärten Gesellschaften unserer Welt – die elementaren und in gemeinsamer Wirkform höchst effektiven Triebfedern unseres persönlichen Lebens darstellen.

Sie stellen somit ganz wesentliche Grundbausteine rationaler Intelligenz und empathischer Anteilnahme einer auch als mental zufrieden zu bezeichnenden und glücklichen Existenz sowohl einzelner Menschen, verschiedenster menschlicher Gemeinschaften in kultureller Zugehörigkeit, bis hin zur gesamten globalen Menschheit dar.

Neurobiologie trifft Philosophie. Gerald

Hüther und Maik Hosang denken somit äußerst willkommen interund transdisziplinär über Freiheit und Liebe nach.

Im Vorwort ihres Buches werfen die Autoren folgende Fragen auf: "Woher kommt die Fähigkeit zu lieben? Woraus erwächst diese tiefe Sehnsucht nach Autonomie und Freiheit? Und wie lässt sich beides miteinander vereinbaren? Ist die Sehnsucht nach beidem der menschlichen Natur mitgegeben? Oder hat sie sich im Laufe der Ideengeschichte von Generation zu Generation so sehr mit unseren Vorstellungen verbunden, dass sie allmählich zu einem festen Bestandteil unseres eigenen

Selbstverständnisses geworden ist?"

Mögliche Ansätze und Grundlagen zur Beantwortung obiger Fragen geben Gerald Hüther und Maik Hosang in ihrem gemeinsamen Buch, das von zwei Seiten beginnt. Ein Buch, das von vorne nach hinten und von hinten nach vorne gelesen werden darf, soll und muss, in der Absicht, sich in der Mitte zu treffen und dabei den Weg einer gemeinsamen Erkenntnis aus geisteswissenschaftlicher wie auch naturwissenschaftlicher Sicht zu beschreiten.

#### **BÜCHERSCHAU**

Aus Sicht der Autoren "wird von der einen Seite der Wunsch nach Zugehörigkeit verfolgt, von der anderen die Sehnsucht nach Unabhängigkeit"

"In der Mitte treffen sich die Überlegungen, und – das ist kein Zufall: die Begegnung von Liebe und Freiheit ist nicht das Ende, sondern eher der zentrale Ort, von dem aus alles weitere ausgeht. Diese zwei Aspekte sind als untrennbare Kompetenzen unseres Seins miteinander verbunden, auch wenn sie bisher in der Wahrnehmung immer wieder voneinander getrennt worden sind. Eine Naturgeschichte unserer menschlichsten Sehnsüchte!"

Die Beschäftigung mit der von Hüther und Hosang geschickt interdisziplinär aufgearbeiteten Materie wirft Fragen auf. Und das genau ist gut so, liefert die Auseinandersetzung mit Liebe und Freiheit aus unterschiedlichsten Blickwinkeln eben auch genau das, was uns Menschen ausmacht. Fragen auf Problemstellungen zu entwickeln, die beantwortet werden wollen.

ligkeit deutlich vom universellen Mitgefühl des Buddhismus unterscheidet".

Weiter schlussfolgert Hosang vollkommen richtig, "dass die vor ca. 2000 Jahren auftretende Lehre des Jesus von Nazareth als eine Art "geistige Kernsynthese" betrachtet werden kann, die beide Qualitäten sowohl der Griechen als auch der Buddhisten potenzierte".

In der Neuzeit gibt Hosang deutschen Philosophen, Schriftstellern und Gesellschaftskritikern wie Boehme, Fichte, Fromm, Kant, Lessing und etlichen anderen "das Wort".

Vollkommen vermisse ich dabei allerdings Johann Wolfgang von Goethe.

Dabei beschrieb Goethe die Spielarten der Liebe wie kein anderer. Es existieren 129 Aphorismen und 43 Gedichte über Liebe von Johann Wolfgang von Goethe. So schrieb Goethe etwa in seinen Wahlverwandtschaften: "Freiwillige Abhängigkeit ist der schönste Zustand, und wie wäre der möglich ohne Liebe".

## "Freiwillige Abhängigkeit ist der schönste Zustand, und wie wäre der möglich ohne Liebe"

Eine Frage erlaube ich mir selbst in meiner Rezension zu stellen. Maik Hosang trifft eine Auswahl an Persönlichkeiten, die er für die hält, die in der Menschheitsgeschichte am wesentlichsten in Hinblick auf gemeinsam partizipierende Formen von Liebe und Freiheit in Verbundenheit gewirkt haben.

Etliche Philosophen kommen bei Hosang "zu Wort", etwa die griechischen wie Sokrates, sein Schüler Platon oder Epikur, der "Genießer" jeglicher Freiheits- und Liebesverbundenheit.

Oder die Lehren des Inders Siddharta Gautama, uns vielleicht besser bekannt als Buddha, DER Vertreter fernöstlicher Kultur. Dabei arbeitet Hosang heraus, "dass sich die griechische Freiheit der konkreten GlückseMeine Frage an Freund und Kollegen Hosang lautet: Wie kann die Abhängigkeit von Liebe und Freiheit literarisch schöner und ausdrucksstärker beschrieben werden? Und der gesellschaftspolitische Einfluss von Goethe als bedeutendster deutscher Dichter, Naturwissenschaftler und Staatsmann auf die damalige, heutige und zukünftige Gesellschaft ist meiner Meinung nach als mindestens genauso wichtig einzustufen als die der vielen von Hosang ins Spiel gebrachten Denker.

Aber schon bei obiger Frage setzt sich eine Diskussion in Bewegung, die eben genau das katalysiert, was Hosang und Hüther bewirken wollen: Gesellschaft durch Freiheit in Liebe und Verantwortung nachhaltig begebbar zu machen.

Ganz leider erlauben mir Raum und Zeit es nicht, in unserer Zeitschrift "Liberale Perspektiven" unseres Verbandes Liberaler Akademiker und der Liberalen Hochschulgruppen ausführlicher und ungleich intensiver auf die Hüther/Hosang'sche Schrift einzugehen. Dafür fehlt allein schon der Platz in den "Liberalen Perspektiven", sich ausreichend zu artikulieren.

Aber wir sind jung und können alle, so wie wir es mögen, mit den beiden Autoren direkt und untereinander in Kontakt treten, um das Wechselspiel zwischen Information, Kommunikation und Menschenwürde im Sinngeflecht von Freiheit und Liebe zu determinieren und letztendlich zu würdigen.

Ein letzter Wunsch des Rezensenten an die Autoren sei mir erlaubt: Unbedingt weiter so auf dem Pfad das richtig Spannende aus gesellschaftsrelevanter Sicht weiter, und immer weiter auf 's Papier zu bringen und dabei immer munter zu bleiben und "bis die Tage".

#### Literatur

Johann Wolfgang von Goethe, Maximen und Reflexionen. Aphorismen und Aufzeichnungen. Nach den Handschriften des Goetheund Schiller-Archivs hrsg. von Max Hecker, Verlag der Goethe-Gesellschaft, Weimar 1907. Aus den Wahlverwandtschaften, 1809.

Bernd Markert, Burkhard Luber und Jörg Pichler, 2017/18: "Information, Kommunikation, Menschenwürde", in Bearbeitung.

Prof. Dr. Bernd Markert, Naturwissenschaftler; Studium der Biologie und Chemie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München; seine Habilitation erfolgte an der Universität Osnabrück. Er war Direktor des universitären Hochschulinstitutes und Lehrstuhlinhaber für Umweltverfahrenstechnik. Er ist Leiter der wissenschaftlichen Einrichtung Environmental Institute of Scientific Networks (EISN). Seine Fachgebiete umfassen Bereiche der Chemischen Umweltanalyse, der Human- und Ökotoxikologie und der (chemischen) Umweltverfahrenstechnik. Prof. Markert ist Mitglied des VLA.



# "O Herr, werden die Christen es noch einmal schaffen?"

Rezension von Prof. Dr. Klaus Allerbeck

Hanns Jürgen Küsters (Hg.), Der Vater, die Macht und das Erbe. Das Tagebuch des Monsignore Paul Adenauer 1961-1966. Paderborn: Ferdinand Schöningh 2017.

"Dass Adenauer ein großer Mann war, empfinde ich freilich nachträglich auch" schrieb Menke (in Erhard et al., Einsatz für Freiheit und Demokratie. Jena 2001). Zu Pfingsten

wird die hier zu besprechende Neuerscheinung sicherlich bei den älteren Mitgliedern des VLA auch ein Gesprächsthema sein, denn Prof. Küsters und seinen vielen Zuarbeitern, die auf S.16 f. genannt sind, ist es zusammen mit dem Verlag gelungen, diese sehr anspruchsvolle, sorgfältige Edition eines vor gut einem Jahr aufgefundenen Tagebuch-Manuskripts rechtzeitig vor dem Jubiläumstag im Buchhandel zugänglich zu machen (am 19. April 1967 starb der Gründungskanzler der Bundesrepublik Deutschland).

Der jüngeren Generation, die als Kanzler außer Frau Merkel nur Schröder und allenfalls Kohl kennt, wird zu diesem Thema wohl nur "war vor meiner Zeit" in den Sinn kommen. Ein sinnvoller Dialog der Generationen zum Thema "Adenauer" erscheint dem Rezensenten als fast ausgeschlossen. Schade, denn dieses Buch ist einzigartig.

Mit den Worten "Ich stelle fest, dass ich

einzig bin" soll Adenauer auf dem Weg zum Gründungskanzler der Bundesrepublik erst einmal eine wichtige Leitung einer CDU-Sitzung an sich gezogen haben; aber damit meinte der Greis sein schon damals hohes Alter.

Das Tagebuch beginnt am 29. September 1961 – also nach dem Mauerbau in Berlin am 13. August und der vierten

> Bundestagswahl, bei der die CDU/CSU ihre 1957 errungene absolute Mehrheit verliert. Etwas muß man von dem wissen, was zuvor geschah. Adenauer hatte einen strategischen Fehler gemacht, als er seinen Wahlkampf fortsetzte, statt sofort nach Berlin zu fliegen (was sich hinterher ja leicht sagen läßt; Helmut Kohl wollte, als er in Warschau vom Fall der Mauer erfuhr, einen Umweg über Hamburg machen, um mit einer amerikanischen Maschine nach Berlin zu kommen). Dies erschien als Altersstarrsinn. Die FDP spielte darauf an mit einem Plakat "In seinem Geist mit neuer Kraft", das Heuss und Mende zeigt, und einer präzisen, klar verstandenen

Koalitionsaussage: mit der CDU, aber ohne Adenauer.

Taktisch allerdings wurde seine Wiederwahl zu seiner Meisterleistung. Eigentlich wollte ihn, so Küsters, die Mehrheit seiner eigenen Fraktion "als Kanzler und Parteivorsitzenden loswerden." (S. 71) (Am 27. 9. hatte sich seine Fraktion schließlich der Aufforderung



des Bundesvorstands der CDU angeschlossen, er möge für das Amt des Bundeskanzlers kandidieren.) Es war die FDP, die seine vierte Kanzlerzeit mit einem eindeutigen Verfallsdatum versah, sich aber das "Umfaller-Partei" - Etikett aufkleben lies, nachdem er am 7. November 1961 mit knapper Mehrheit wiedergewählt wurde. Vier Tage später, am 11. November 1961: "Vater abends stolz, todmüde, ... kommt um 21 Uhr nach Hause" und berichtet seinem Sohn "Ich hatte auch im Beisein der FDP vormittags gesagt: ,Wenn Erhard mit Scheel jetzt nicht klarkommt, dann werde ich ihm einen Brief schreiben, ob er Wirtschaftsminister bleiben wolle; sonst nehme ich Hellwig. " (S. 134)

Wie der Quellenwert dieses Tagebuchs zu beurteilen ist, wenn man wie der Rezensent unterstellt, dass jedes Wort in diesem als Beispiel zitierten Bericht wahr ist, hängt davon ab, ob man in Rechnung stellt, dass Politiker sich auch vor der eigenen Familie durchaus in Szene setzen können. Paul hat es so gehört. Fünf Jahre später ist der Sohn weniger deskriptiv und deutlich analytischer. Vater "ist im Grunde sehr empfindlich, überempfindlich, und einsam." (S. 464)

Dieses irgendwie merkwürdige Buch besteht für den Rezensenten, mehr als ein halbes Jahrhundert später, aus einem Haufen von Mosaiksteinen, solchen, die irgendwie sich einfügen in das Bild, das Senioren von Adenauer haben mögen, und sehr vielen anderen, die überraschen. Die vielen anderen Quellen in den 1470 Fußnoten gehören zu diesem Steinchenhaufen dazu und sind ein mustergültiges Beispiel, wie ein politisches Tagebuch von Historikern zu erarbeiten ist. Der umfangreiche Index ist eine große Hilfe für diejenigen, die etwas Bestimmtes suchen. Gerhard Schröder zum Beispiel, über den Adenauer sich meist abträglich äußert, kommt (geschätzt) auf mindestens so vielen Seiten dieses umfangreichen Werks vor wie "Fräulein Poppinga", die langjährige Sekretärin und Mitarbeiterin des Gründungskanzlers der Bundesrepublik Deutschland. Dass Monsignore Paul Adenauer (1923-2007)

sein Sohn, der in den Jahren 1961-1966 bei seinem Vater in Rhöndorf wohnte und mit ihm frühstückte bzw. zu Abend aß - über seine Gespräche mit "Vater" Aufzeichnungen machte, war vor dieser Publikation weithin unbekannt. Der Kanzler-Enkel Konrad hatte 2015 von der bevorstehenden Versteigerung des Nachlasses seines Onkels Paul erfahren, diesen erworben, das Manuskript darin gefunden und für die Familie die beiden Adenauer-Stiftungen (in Rhöndorf bzw. St Augustin) darauf aufmerksam gemacht. Konrad Adenauer (der Enkel, Notar in Köln) verspricht in seinem knappen Vorwort dem geneigten Leser eine "fesselnde, anregende sowie anrührende Lektüre. Sie wird ihn Konrad Adenauer anders sehen lassen als zuvor" (S. 8). Für FDP- und VLA-affine Leser wird dies auch gelten.

Wolfgang Döring kommt in Passagen dieses Buchs vor. Anscheinend nahm ihn der Kanzler als Gegner ernst. Nach seinem abendlichen Besuch 1962 sagt "Vater auf einmal: Paul, wie können die Menschen doch gemein sein!" (S. 180). Die Beharrlichkeit, mit der Döring das Datum seines Rücktritts festlegen wollte, wird Vater Adenauer mißfallen haben. Wie gemein Adenauer sein konnte, bleibt nicht unerwähnt. Als Adenauer, ein halbes Jahr nach seinem Ausscheiden als Kanzler, erfährt, dass Franco 25 Jahre an der Macht ist, schickt er ihm ein Glückwunschtelegramm: "Sie haben Ihrem Lande Frieden gebracht." Das ist - lt. Fußnote 734 - längst bekannt, wenn auch weithin vergessen. Paul aber kennt sein eigentliches Motiv: "Er freut sich ... darauf, wie die SPD darüber toben wird." (S. 273)

Die historische Wahrheit zur Regierungsbildung 1961 wird wohl niemals ans Licht kommen. Die Details ("Die CSU droht heute mit Trennung von der CDU, falls diese nicht mit der FDP koaliere", S. 116) werden schon alle stimmen, aber was da nun Finten waren und welche Absichten ernsthaft, die Berlin-Krise im Hintergrund, das Lob für Wehner ("Vater meint, er würde nicht so lügen wie andere", S. 118) wissen wir nicht. Paul berichtet von apokalyptischen Visionen

### **BÜCHERSCHAU**

und Reden (die Überschrift dieser Rezension ist diesem Bericht entnommen) bei einem Abendessen für die Familie, ergänzt um die Ehepaare Pferdmenges und Krone. Während Krone über den Abend mitteilt, dass der Kanzler "wie immer bei solchen Zusammenkünften froh und gelöst den ganzen Abend die Gesellschaft unterhielt."

Genug davon. Dieses Buch ist eine hervorragende Quelle, besonders auch über die zahllosen Intrigen in der CDU, deren Vorsitzender er bleibt, nolens volens, nachdem er das Kanzleramt verlassen hat. Woher sonst würde man wissen, dass in einem Albtraum "Vater" Gerstenmaier erscheint, und ihm berichtet, seine CDU sei kaputt? Vater und Sohn bereden dies beim Frühstück, ebenso wie Vaters Überlegung, den Gründer und Chef des Bundesnachrichtendienstes, Reinhard Gehlen, verhaften zu lassen (S. 346).

"Wieder einmal Koalitionskrise!" vermerkt das Tagebuch am 4.11.1962. Die zugehörige Fußnote 512 ist die kompakteste präzise Darstellung des Ablaufs der SPIEGEL-Affäre bis zum Rücktritt der 4 FDP-Minister am 19. November 1962. Der folgende Eintrag ist vom 10. Dezember 1962. Am 12. Dezember 1962 das Ende der Krise: "Drei Wochen zermürbenden Kampfes, drei Wochen, in denen man Vater übel mitgespielt hat, in denen seine Freunde sich durch Feigheit auszeichneten!." (S. 217)

Man erfährt viel über das, was dem Altkanzler Kopfschmerzen machte, in jedem Sinne des Wortes, und auch welches Medikament er dagegen nahm. Von Paul Adenauer aber erfahren wir nur in der Einführung des Buchs etwas. Er war wohl mehr als eine "graue" Eminenz. Über sein Wirken als Pfarrer und Monsignore erfährt man eher wenig.

Es gibt in dieser Chronik der Jahre 1961–1966 erstaunliche größere Lücken. Auch der Herausgeber kann darüber nur spekulieren, und der Leser mag dies fortspinnen. Die Fotos und die wenigen gut ausgesuchten Facsimiles, darunter auch – zum Beispiel – ein Ver-

merk vom 3. November 1961, mit zwei roten "Geheim" – Stempeln versehen, sind eine wertvolle Ergänzung, wurden aber entgegen dem Vorschlag des damaligen Kaplans nicht vernichtet.

Bestätigt findet man die hohe Bedeutung der Versöhnung mit Frankreich und die persönliche Freundschaft mit de Gaulle, der bekanntlich Frankreich zur Atommacht machte, aber überhaupt nicht daran dachte, Deutschland an dieser "Weiterentwicklung der Artillerie" (so Adenauer ca. 1958) teilhaben zu lassen. Diese beiden Themen, die Versöhnung mit dem "Erbfeind" Frankreich und die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, haben Adenauer erkennbar beschäftigt, seit er Bundeskanzler wurde, egal, welche Akten und Telegramme sonst noch auf seinem Tisch landeten.

Heute will niemand in der deutschen Politik mehr den früher von den Verbündeten gefürchteten "German finger on the trigger" Spruch hören. Das ist so überholt wie die Bezeichnung "Fräulein" für nicht verheiratete Damen.

Voll auf seine Kosten kommt, wer Adenauer-Anekdoten sucht. Dazu erhalten sie noch eine kleine Kostprobe aus dieser riesigen Fundgrube zum Abschluss meiner Rezension. Bekanntlich war seine berühmteste Redewendung "Die Lage war noch nie so ernst", aber "das einzige Gute an der ganzen Sache sei nur, dass Erhard endlich weg sei". …. "Vater hat sich für heute Abend eine gute Flasche Wein geben lassen, um darauf einen Schluck zu trinken, dass Erhard endlich weg ist."

Auf die Rezeption dieses Werks durch die Historiker-Zunft darf man gespannt sein.

Prof. Dr. Klaus Allerbeck, Soziologe. Er lehrte bis 2010 als Professor an der Universität Frankfurt am Main. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Methoden der empirischen Sozialforschung, sowie der interkulturelle und zeitliche Vergleich sozialer Strukturen. Prof. Allerbeck ist Mitglied des VLA.





# Liberale Hochschulgruppen – eine Konstante in politisch bewegten Zeiten

von Johannes Dallheimer und Mitgliedern der Liberalen Hochschulgruppen

nsere Hochschulwahlen sind so unterschiedlich wie die einzelnen Hochschulen selber. Daher ist es nicht immer leicht, die Ergebnisse miteinander zu vergleichen. An manchen Hochschulen tritt die Liberale Hochschulgruppe gegen eine linke Übermacht an, an anderen gegen ein zersplittertes bürgerliches Lager, manchmal gegen einige wenige konkurrierende Gruppen, an manchen Orten gegen viele kleine Abspaltungen. Trotzdem eint uns, dass wir auch in Krisenzeiten des politischen Liberalismus konstant gute Wahlergebnisse eingefahren haben. Besonders stolz können wir sein, dass wir im letzten Jahr nicht nur den Status Quo behalten haben, sondern sogar noch Sitze hinzugewonnen haben und nun noch mehr Senatorinnen und Senatoren stellen, sowie viele Parlamentarier und AStA-Referenten. Eine weitere Gemeinsamkeit ist die Fluktuation der Gruppenmitglieder. Mit der Bologna-Reform bleibt kaum Zeit, sich ehrenamtlich zu engagieren; das Studium wird oftmals nach sechs Semestern bereits beendet. Da heißt es in jedem Jahr sich auch gleich um den Nachwuchs zu kümmern - kontinuierlich. Wird das einmal nicht gemacht, kann sich das gleich auf Wahlergebnisse auswirken. Daher ist die Übersicht der Wahlergebnisse, die wir mit unseren Mitgliedsgruppen zusammen erstellt haben, nicht nur eine Momentaufnahme, auf die man durchaus anstoßen könnte, sondern auch eine Warnung für zukünftige Zeiten, diese Ergebnisse nicht leichtfertig zu verspielen, sondern weiter auszubauen.

## Wahlergebnisse einzelner Liberaler Hochschulgruppen

#### **LHG GREIFSWALD**

Die LHG trat erst 2016 und 2017 mit einer eigenen Liste an. Im Jahr 2015 gab es die "Bürgerliche Liste", in welcher die LHG zusammen mit dem RCDS antrat.

Das Studierendenparlament (StuPa) in Greifswald basiert auf einer Personenwahl. 2015 hatten wir dabei vier Bewerber. Sylvio Maas und Dominik Bernhardt wurden in das StuPa gewählt, zwei standen auf der Nachrückerliste. 2016 traten zwei Bewerber an. Maike Wolf wurde mit einem sehr beachtlichen Ergebnis gewählt, Marcel Zahn stand auf der Nachrückerliste.

2017 gibt es ein besonderes Phänomen. Auf die 27 Sitze im StuPa haben sich lediglich 25 Studierende beworben. Angetreten sind zwei LHG-Mitglieder. Christian Trawny und Marcel Zahn wurden dabei beide gewählt. Die Ergebnisse waren, im Gegensatz zum Ergebnis von Maike Wolf im Vorjahr, jedoch wieder eher ernüchternd. Grundsätzlich haben wir in Greifswald

Grundsatznen haben wir in Grenswald

#### **BEITRAG DES LHG**

ein großes Problem, den Studierenden zu vermitteln, dass Politikverdrossenheit nicht die Lösung ist. Viele unserer potenziellen Wähler sind vom linken Mainstream so sehr abgeschreckt, dass sie nicht zur Wahl gehen. Diese Legislatur hatten wir jedoch in der Senatswahl Erfolg und konnten mit unserer eigenen Liste eine liberale Senatorin unterbringen. Der Erfolg dabei dürfte wahrscheinlich mit an einer ausgedehnten Social-Media-Kampagne gelegen haben, welche sich ebenso wie unsere Plakate eines an der Serie "House of Cards" angelehnten Designs bedient hat.

#### **LHG HAMBURG**

2015: 3,95% (2 Sitze) 2016: 2,64% (1 Sitz) 2017: 3,13 % (1 Sitz)

Allgemein erklären sich die niedrigen Ergebnisse so, dass immer mindestens 17 verschiedene Listen angetreten sind und das Umfeld an der Uni in Hamburg sehr links geprägt ist.

#### LHG KÖLN

2012: 3,5% (1 Sitz (von 51)) 2013: 2,4% (1 Sitz) 2014: 2,4% (1 Sitz) 2015: 3,1% (1 Sitz)

2016 (Dezember): 9,7% (5 Sitze)

Köln ist traditionell ein schwieriges Pflaster für Liberale. Spiegelbildlich zu linken Mehrheiten spielte die LHG bisher kaum eine Rolle. Seit einem Jahr hat die LHG Köln eine Phase der Erneuerung. Zwei wichtige Säulen sind die häufigen Veranstaltungen und eine stark forcierte Social-Media-Präsenz. Dabei haben wir die Erfahrung gemacht, dass das Wort "liberal" auf viele schon eine abschreckende Wirkung hat. Andererseits gelingt es doch, durch gute Arbeit und einen engagierten Wahlkampf Vorurteile zu widerlegen und Studenten für liberale Ideen zu begeistern. Konkrete Forderungen – zum Beispiel nach WLAN in einem häufig frequentierten Hörsaal, vor dem wir dann auch geflyert haben - kommen gerade in Einzelgesprächen

besser an als weltpolitische Absichtserklärungen linker Gruppen. Ein großer Erfolg war unsere Veranstaltung mit Christian Lindner. Mehr als 700 Zuschauer hörten den FDP-Vorsitzenden zu und diskutierten mit ihm. Das hat uns, kurz vor den Wahlen, einen großen Schub gegeben. Liberale dürfen auch anecken: Als die aus Haushaltsmitteln der Studierendenschaft finanzierte Antifa eine Podiumsdiskussion mit u.a. einem AFD-Politiker verhinderte, war es die LHG. die das öffentlich thematisierte. Dafür gab es einen Sturm der Entrüstung linker Kreise, aber viele Studenten haben uns für diese Stellungnahme gedankt - und sicher auch gewählt.

#### **LHG TRIER**

2012: 3 Sitze (ULI-LHG) 2013: 2 Sitze (ULI-LHG) 2014: 3 Sitze (ULI-LHG) 2015: 2 Sitze (ULI-LHG) 2016: 3 Sitze (LHG)

Die Liberale Hochschulgruppe war an der Universität Trier stets unter dem Namen der Unabhängigen Liberalen Initiative – Liberale Hochschulgruppe bekannt und aktiv. Dort hat sie sich immer für eine verantwortungsbewusste und vernünftige Hochschulpolitik eingesetzt und konnte diese Ziele in unterschiedlichen personellen Stärken im Studierendenparlament und im Senat verfolgen. Als Geburtsstadt Karl Marx, waren die Universität Trier und der AStA der Universität Trier, welcher sich über viele Jahre hinweg als AStA der Karl-Marx-Universität Trier bezeichnete, stark durch ideologische politische Auseinandersetzungen geprägt. Der selbstgegebene Namenspatron war in der Studierendenschaft dabei stets umstritten und wurde besonders von dem RCDS und der ULI-LHG aufgrund seiner politischen Instrumentalisierung abgelehnt. Ausschlaggebend für die Wahlergebnisse mit drei Mandaten im Studierendenparlament waren insbesondere eine verstärkte persönliche Mobilisierung der Wählerschaft, sowie eine thematisierte Urabstimmung zum Namen Karl-Marx und einer dafür nötigen Unterschriftenaktion. Durch die erstmalige

Beteiligung der ULI-LHG an einer AStA-tragenden Koalition im Jahr 2015 war diese Urabstimmung nicht mehr nötig, da sich die Koalition aus JuSos, RCDS und ULI-LHG schon im Koalitionsvertrag gegen den Namen AStA der Karl-Marx-Universität aussprachen. Die Namensänderung der Hochschulgruppe im Jahr 2016 wurde durch die Übernahme des Logos des Bundesverbandes der Liberalen Hochschulgruppen und somit auch der Möglichkeit eines geschlossenen Auftrittes im Wahlkampf begleitet und wurde durch die Wählerschaft mit drei Mandaten im Studierendenparlament, sowie einer weiteren Beteiligung am AStA der Universität Trier belohnt.

#### LHG MÜNSTER

2012: 2 Sitze (391 Stimmen, 5,4 %) 2013: 2 Sitze (433 Stimmen, 5,9 %) 2014: 3 Sitze (801 Stimmen, 10,3 %) 2015: 3 Sitze (778 Stimmen, 10,7 %) 2016: 4 Sitze (916 Stimmen, 11,3 %)

#### 2012:

-zweiter Wahlkampf seit der Umbenennung von "Liberale Studierenden Initiative (LSI)" in "Liberale Hochschulgruppe (LHG)"

- -zuvor 2010/11: weitgreifende personelle Veränderungen
- -Gründe für die Umbenennung: bessere Vernetzung mit dem Bundesverband, Werbemittel, einheitliches Layout, Wiedererkennungswert

#### 2013:

-produktive, konstruktive und öffentlichkeitswirksame Arbeit im StuPa, die sich bei den nächsten Wahlen auszahlen sollte

-stellvertretender Vorsitzender des HHA von der LHG

#### 2014:

-zeitgleich Urabstimmung Kultursemesterticket: Subventionierung des Besuchs kultureller Einrichtungen (Museen, Theater, Kinos) nach dem Solidarprinzip -87 % für die Einführung, Quorum für Bindungswirkung nicht erreicht, Einführung anschließend durch das StuPa beschlossen

- -im Vergleich zu den Vorjahren deutlich größere Präsenz der LHG in nahezu allen Fachbereichen
- -stellvertretende Präsidentin des StuPa von der LHG

#### 2015:

- -trotz zurückgegangener Wahlbeteiligung prozentuale Steigerung der LHG
- -stellvertretende Präsidentin des StuPa von der LHG
- -konstruktive Oppositionsarbeit, sachorientierte Kooperation mit verschiedenen Listen

#### 2016:

- -erstmals seit langer Zeit vier Sitze für eine liberale Liste (gefestigter Trend)
- -stellvertretender Vorsitzender des HHA von der LHG
- -Mitglied des Verwaltungsrates des Studierendenwerks Münster von der LHG (großer Erfolg!)

Vorsitzende der LHG: 2012 bis 2013: Kay Rottleb 2013 bis 2014: Christopher Schaffel 2014 bis 04.2016: Gereon Wiese 04. bis 07.2016: Moritz Voelkner seit 07.2016: Paavo Czwikla

#### LHG ERLANGEN-NÜRNBERG

2012: nicht angetreten 2013: nicht angetreten

2014: 3,5%

2015: nicht angetreten, nur auf Fakultätsebene, dort mit 3,2% einen Fakultätsrat 2016: 3,7%

Nach der Reaktivierung der LHG Erlangen-Nürnberg im Jahr 2013, die schon in früheren Zeiten im Studentischen Konvent vertreten war und sogar Senatoren stellte, trat sie zum ersten Mal 2014 an. Die Zeiten standen für die Liberalen nicht gerade gut, anfangs probierte man es daher auch mit einer Distanzierung zur FDP. 2015 trat man aus Protest gegen die Nichteinführung der Verfassten Studierendenschaft in Bayern

#### **BEITRAG DES LHG**

erst gar nicht an, da die Beteiligungsmöglichkeiten überschaubar sind. Trotzdem gelang es auf Fakultätsebene wieder einen Fakultätsrat zu erringen. Im Jahr 2016 durfte sich die LHG gegen eine geeinte linke Liste, zwei RCDS Gruppen und der Libertären Liste behaupten, trotzdem konnte sie immerhin 3.7% erreichen. Dieser Vorgang wird nun hoffentlich weiter fortgesetzt.

#### LHG GIESSEN

2013: 2,6 % 2014: 3,4 % 2015: 4,7 % 2016: 5,3 % 2017: 7,3 %

In den Hochschulwahlergebnissen zeigt sich eine kontinuierliche Verbesserung. Die LHG Gießen kennt keine großen Schwankungen, sondern einen leichten aber beständigen positiven Trend. So haben wir uns im Studierendenparlament von einem Parlamentarier (2013) zu drei Parlamentariern (2017) hochgearbeitet. Für die LHG Gießen gilt: Auch mit einer eher geringen Anzahl an Parlamentariern kann man etwas verändern. So war die LHG Gießen von 2015 – 2016 Teil der AStA-Koalition und stellte einen Finanzreferenten sowie einen Referenten für Studium und Lehre.

Umgesetzt haben wir eine Semesterbeitragssenkung, Haushaltsdisziplin- und -transparenz sowie mehr Transparenz bei der Arbeit innerhalb des AStA.

"Die LHG Gießen hat sich bei den Hochschulwahlen der letzten Jahren stets verbessert. Unser Geheimnis ist die jahrelange kontinuierlich gute Arbeit der LHG Gießen. Der Erfolg kommt im Kleinen, aber er kommt!"

#### LHG FRANKFURT AM MAIN

2013: 1 Sitz 2014: 2 Sitze 2015: 1 Sitz 2016: 2 Sitze 2017: 2 Sitze 2013: Bei den Hochschulwahlen 2013 erreichte die LHG Frankfurt 312 Stimmen (+12), was 5,27% entsprach. Im Studierendenparlament ist sie mit einem Sitz vertreten, sowie mit je einem Sitz im Fachschaftsrat und Fachbereichsrat Wirtschaftswissenschaften. Ein Senatsplatz wurde knapp verfehlt. Der Parlamentarier der LHG war Sebastian Bur. Die Wahlbeteiligung lag bei 14,42% (24. Januar 2013).

2014: Bei den Hochschulwahlen erreichte die LHG Frankfurt 422 Stimmen (+110), was 6,75% entsprach. Im Studierendenparlament ist sie mit zwei Sitzen (+1) vertreten, sowie einem Sitz im Fachschaftsrat Wirtschaftswissenschaften und einem im Fachschaftsrat Gesellschaftswissenschaften. Ein Sitz im Fachschaftsrat Rechtswissenschaft wurde um 4 Stimmen verfehlt. Die Parlamentarier der LHG waren Sven Holm und Kaya Detschlag. Die Wahlbeteiligung lag bei 14,49% (31. Januar 2014).

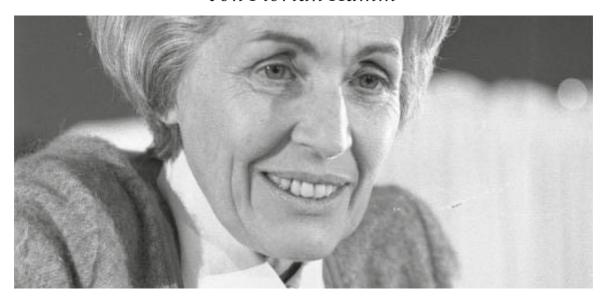
2015: Bei den Hochschulwahlen erreichte die LHG Frankfurt 332 Stimmen (-90), was 5,26% entsprach. Die LHG Frankfurt konnte mit einer gemeinsamen Liste mit dem RCDS einen Senatssitz ergattern. Im Studierendenparlament ist sie mit einem Sitz (-1) vertreten, sowie einem Sitz im Fachschaftsrat Wirtschaftswissenschaften und einem im Fachschaftsrat Gesellschaftswissenschaften. Parlamentarier der LHG FFM war Marcus Krause (27 Juli 2015).

2016: Bei den Hochschulwahlen erreichte die LHG Frankfurt 403 Stimmen (+71) was 6,96% entsprach. Damit vergrößerte sich unsere Studierendenparlamentsfraktion auf zwei Mandate, die von Milena Trenkwalder und Nicolas Klug besetzt wurden. Im Jahr 2016 waren wir außerdem zum ersten Mal im Fachschaftsrat Rechtswissenschaften mit 1 Sitz vertreten und weiterhin in den Fachbereichen Wirtschafts- und Gesellschafts- wissenschaften mit jeweils 1 Sitz aktiv.

2017: 8,24 % (2 Sitze)

# « Bewährung ist immer etwas, das noch vor uns liegt... »

## Gedanken zum Abschied von meiner Mutter Hildegard Hamm-Brücher von Florian Hamm



In meiner Kindheit und Jugend wurde ich oft gefragt, wie es denn sei, der Sohn von Hildegard Hamm-Brücher zu sein. Zurückblickend, zurückfühlend wird mir bewusst, wie viele Erinnerungen zugleich Beispiele für überragende Stärken meiner Mutter sind. Ihr Handeln als Mutter, als Politikerin, als private wie auch als öffentliche Person war konsistent und konsequent an identischen Werten und Idealen ausgerichtet. Dieses Wertegerüst ist besonders in den vergangenen Tagen eindrucksvoll beschrieben und herausgehoben worden.

Mir erscheint es jedoch wichtig anzusprechen, dass meine Mutter im Beschreiben von Werten, von Zielen und Idealen immer nur den ersten Schritt sah. Mindestens genauso wichtig waren ihr die Anforderungen, die sie an sich, an uns, an alle Menschen stellte, um Ziele zu erreichen, Werte umzusetzen und Visionen näher zu kommen.

Ich wurde geprägt von der Überzeugung, die auch zu meiner eigenen geworden ist: Dass nur der glaubwürdig ist, der für seine Ideale hart und diszipliniert arbeitet. Ich habe von meiner Mutter gelernt, dass Verantwortung etwas ist, das man wirklich wollen muss. Eine halbherzige Bereitschaft sie zu übernehmen, reicht nicht aus.

Am Wichtigsten erscheint mir jedoch die Eigenschaft, die man als Mut beschreibt. Meine Mutter war mutig in ihrer Jugend, während der Zeit des Nationalsozialismus und danach in der Auseinandersetzung mit Politikern, bei denen sie die notwendigen

#### **NACHRUF**

ethisch-moralischen Minimalanforderungen als nicht erfüllt sah.

In gleicher Weise war es mutig, wie sie ihren Beitrag dazu geleistet hat, dass Meinungsfreiheit gelebt werden kann, indem sie Meinungsfreiheit vorlebte. So wurde Trotz leidenschaftlich konträrer tagespolitischer Überzeugungen stand er immer uneingeschränkt loyal zu meiner Mutter. In den übergeordneten Zielen und Visionen waren sich beide einig und ich möchte gerne mit Ihnen eine sehr persönliche Erinnerung meiner Mutter an den 1. Oktober 1982 teilen:

«Meine Mutter wusste, was sie tat, und sie kannte stets die Konsequenzen. Wie jeder andere Mensch konnte auch sie sich nicht den naheliegenden Ängsten entziehen, der Angst verstoßen zu werden, nicht akzeptiert zu sein und persönliche Nachteile zu erleiden. »

meine Mutter Hildegard Hamm-Brücher am 1. Oktober 1982, dem Tag des sogenannten konstruktiven Misstrauensvotums gegen den amtierenden Bundeskanzler, das sie nicht mittragen wollte, zum Vorbild, für manche zur Heldin.

Auch für mich ist meine Mutter zum Vorbild geworden, aber nicht nur am 1. Oktober 1982, sondern beginnend mit meiner Geburt und bis zu ihrem Tod.

Meine Mutter wusste, was sie tat, und sie kannte stets die Konsequenzen. Wie jeder andere Mensch konnte auch sie sich nicht den naheliegenden Ängsten entziehen, der Angst verstoßen zu werden, nicht akzeptiert zu sein und persönliche Nachteile zu erleiden. Aber sie hat uns vorgelebt, dass diese Ängste zurückgestellt werden können und man Überzeugungen niemals verrät.

Ich wünschte mir viel mehr Menschen, die bereit sind für übergeordnete Ziele ihre persönlichen Ängste zu überwinden. Ich wünschte mir diese Haltung nicht nur in der Politik, sondern weit darüber hinausgehend in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Am 7. Dezember 2016 ist meine Mutter verstorben. Ein Teil von ihr starb bereits 2008 als wir meinen Vater Dr. Erwin Hamm zu Grabe trugen. Es schmälert die Verdienste meiner Mutter nicht an dieser Stelle zu erwähnen, dass mein Vater ihr wichtigster Berater und ihre stärkste Kraftquelle war. " Mein Mann, der mich gut genug kennt, um zu wissen, dass mich derartige Angriffe verletzen und dass ich sie am liebsten sofort wieder aus der Welt schaffe, hatte mir schon am Ausgang des Bundeshauses zugerufen: Nimm nichts zurück! Nimm ja nichts zurück! Nun saß er seelenruhig in diesem engen, ungemütlichen Zimmer, offensichtlich mit mir und der Welt zufrieden und sagte: Das war das Wichtigste, was du in deinem ganzen politischen Leben getan hast."

Die letzten Wochen des Lebens unserer Mutter waren schön und traurig zugleich. Die Kräfte ließen nach, die Verständigung wurde schwieriger. Aber es gab immer auch wunderbare, klare Momente, in denen Abschied genommen werden konnte. Es waren Wochen, in denen meine Mutter Frieden gefunden hat in der Gewissheit, dass sie sich auf die Menschen verlassen kann, die ihre Ideale weiterführen, gegen immer neue Bedrohungen verteidigen und stärken werden.

Diese Menschen sind heute unter uns und das letzte Lächeln im Gesicht meiner Mutter ist ihnen gewidmet. Sie war gewiss, dass wir gemeinsam und jeder für sich selbst "die Bewährung, die – wie sie es vor fast 50 Jahren formulierte –, immer vor uns liegt", bestehen wird.

München, den 19. Dezember 2016 Florian Hamm VERBAND LIBERALER AKADEMIKER

## **ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT**

#### Verband Liberaler Akademiker e.V. | Westendallee 108 | 14052 Berlin

info@liberale-akademiker.de

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Liberaler Akademiker, Seniorenverband Liberaler Stundenten e.V. (VLA). Von der Satzung habe ich Kenntnis genommen. Den Mitgliedsbeitrag setze ich auf jährlich\_ Mindestjahresbeitrag:  $75 \in I$  Studierende  $20 \in I$  (in den ersten drei Mitgliedsjahren) Name, Vorname Straße Hausnr PLZ E-Mail-Adresse Telefon Wissensgebiete\* Meine Daten sind für die LHG verfügbar\* [ ] Ja [ ] Nein \* freiwillige Angabe Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG) einverstanden. Meine Daten werden nur für die Zwecke der Arbeit des VLA erhoben, gespeichert und genutzt. Die E-Mail-Adresse kann für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden und der Versand auf elektronischem Wege steht in diesem Fall dem Postweg gleich. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten VLA für die Übersendung von Einladungen und Informationsmaterial per Post und E-Mail nutzt. Dieses Einverständnis kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. ORT, DATUM UNTERSCHRIFT Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandats für meine Mitgliedsbeiträge Gläubiger-Identifikationsnummer DE49VLA00000027411 Mandatsreferenz: wird separat mitgeteilt

Gläubiger-Identifikationsnummer DE49VLA0000027411 Mandatsreferenz: wird separat mitgeteilt Ich ermächtige den VLA, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VLA auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen ist es mir möglich, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber_in		Kreditinstitut	
BIC	IBAN		
ORT, DATUM		UNTERSCHRIFT	



# Wir ehemaligen LHGler im VLA gratulieren dem Bundes-LHG zum 30. Geburtstag!

